

**Jens Klocksin
Sung-Ho Jeong**

Zur Zukunft der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf

**Eine Studie über das Profil der Region, ihre Entwicklungspotentiale
und die Chancen der Interkommunalen Kooperation
(TKS-Studie)**

Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf 2006

1.	Vorbemerkung	3
2.	Die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf	5
2.1	Bestandsaufnahme	5
2.2.	Die Region im Kontext der Metropolregion Berlin-Brandenburg	13
3.	Über die qualitativen Merkmale des Standortes	18
3.1.	Die Region als Branchenschwerpunktort	18
3.2.	Die Region als Regionaler Wachstumskern	21
3.3.	Die Region als Mittelzentrum	25
4.	Zur Bedeutung der Interkommunalen Kooperation	31
4.1.	Formen und Beispiele Interkommunaler Kooperation	31
4.2.	Der Stand der Interkommunalen Kooperation in der Region	34
4.3.	Anforderungen an eine künftige Entwicklung	36
4.3.1.	Gemeinsames Regionalmarketing	40
4.3.2.	Gemeinsame Wirtschaftsförderung	42
4.3.3.	Gemeinsames Liegenschaftskataster und Flächenmanagement	43
5.	Ausblick	47
	Struktur- und Wirtschaftsdaten Teltow	49
	Struktur- und Wirtschaftsdaten Kleinmachnow	51
	Struktur- und Wirtschaftsdaten Stahnsdorf	53
	Verzeichnis der Abbildungen	55
	Literatur und sonstige Quellen	56

1. Vorbemerkung

Die Debatte um die richtige Entwicklung der Region, also dem Gebiet der Stadt Teltow und der Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf, ist keine Erscheinung der jüngsten Zeit, sondern währt länger als das eigene Gedächtnis reicht.

Schon als der Teltowkanal in den Jahren 1904/06 entstand, wurde die schienengebundene Erschließung der Region projektiert. Mit einer S-Bahn-Trasse von der Potsdamer Stammbahn zur Anhalter Bahn¹, einen weiten Bogen um den Gutsbezirk Kleinmachnow, die Landgemeinde Stahnsdorf und die alte Ackerbürgerstadt Teltow schlagend, sollte das zu entwickelnde Gebiet für Siedlung und Gewerbe erschlossen werden. Mit der systematischen Siedlungstätigkeit ab den 1920er Jahren in Kienwerder oder Kleinmachnow, Seehof oder Sigridshorst sowie der Industrialisierung insbesondere in Teltow nahm die Bevölkerung sprunghaft zu. Krieg und Mauerbau 1961 beendeten die weitere Besiedlung der Region von Berlin aus. Die Weiterentwicklung von Teltow und Stahnsdorf zum überregional bedeutenden Industriestandort blieb davon fast unberührt. Die damit einhergehenden Bemühungen um eine Fusion der drei Orte scheiterte 1967 an der mangelnden Bereitschaft einiger Beteiligten. Ab 1972 nahm die Region verwaltungsorganisatorisch neue Formen an: Die drei Kommunen bildeten – unter Bewahrung ihrer rechtlichen Eigenständigkeit – einen Gemeindeverband.

Seit der politischen Wende in der DDR 1989 und der gesamtstaatlichen Einheit 1990 hält die Diskussion um die geeignete funktionale Struktur der drei Kommunen an. Dabei schwankt das Spektrum der Meinungen zwischen informeller Zusammenarbeit, vertraglich vereinbarter Kooperation und Fusion zur Großkommune. Diese Diskussion wird immer dann belebt, wenn – wie derzeit – ein Anlass von außerhalb gegeben ist: Sei es die Strukturpolitik des Landes, die Neuausrichtung des Zentrale-Orte-Systems oder das die so genannte Einwohnerveredelung festsetzende Finanzausgleichsgesetz.

Die 1999 gegründete Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ (KAT) stellt den richtigen Versuch dar, auf Ebene der kommunalen Vertretungen den interkommunalen Interessenausgleich zu besorgen. Dennoch, in grundlegender und struktureller Hinsicht konnte die KAT die Region bislang nicht prägen. Das kann der Idee KAT allerdings nicht zum Vorwurf gereichen; ihre Wirksamkeit wird wesentlich vom Selbstverständnis der Akteure abhängen. Die Entwicklung der Region ist im Fluss. Die letzten eineinhalb Jahrzehnte verliefen außerordentlich dynamisch. Vieles wurde erreicht; neue Infrastruktur, Neubaugebiete, Unterneh-

¹ vgl. Pharus Teltow-Kanal Führer (1906), Kartenteil.

mensansiedlungen seien schlag- und stichwortartig genannt. Aber es bestehen auch Defizite, und nicht nur, weil das Bessere der Feind des Guten ist. So fehlt zuvörderst die gemeinsame Vorstellung eines Ziels oder eines Leitbilds, zu dessen Erreichen wir uns gemeinsam auf den Weg machen wollten. Ganz handwerklich gesehen fehlt das regionale Entwicklungskonzept, welches beispielsweise in einem gemeinsamen Flächennutzungsplan die Nutzungen für Siedlung, Gewerbe, Verkehr, Kultur, Bildung, Erholung ausweist. Es fehlt die Darstellung und die Vermarktung der Region als Wohnstätte, als Wirtschaftsstandort, als touristisches Ziel. Es fehlt die gemeinsame (institutionalisierte) Willensbildung, und es fehlt an regionaler Identität. Aber dennoch findet – und unabhängig davon – ein regionales Zusammenleben statt, alltäglich, unspektakulär und formlos: da gibt es die familiären und privaten Beziehungen, die gemeinsame sportliche Aktivität, die Freizeitgestaltung und das Einkaufen. Für viele Menschen spielen die Gemeindegrenzen schon lange keine Rolle mehr. Und das ist auch gut so!

Die Studie „Zur Zukunft der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf“ ist der Versuch einer zusammenfassenden Bestandsaufnahme. Gleichzeitig soll das regionale Profil auf seine spezifische Qualitäten und Entwicklungspotentiale abgeklopft werden, und zwar gerade mit Blick auf die vom Land Brandenburg gesetzten Förder- und Funktionskulissen Branchenschwerpunktort, Regionaler Wachstumskern und Zentraler Ort. Schließlich sollen aus den gewonnenen Erkenntnissen Ableitungen und Empfehlungen für die künftige Arbeit gezogen werden, insbesondere hinsichtlich der Chancen der Interkommunalen Kooperation. Wenn diese Studie von Nutzen für die gemeinsame regionale Entwicklung sein und eine breite Diskussion darüber befördern helfen kann, hat sie ihre Aufgabe erfüllt.

Wir bedanken uns bei all denen, die zur Erstellung dieser Arbeit beigetragen haben, namentlich dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, dem Ministerium für Wirtschaft, der Regionalen Planungsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, der Stadt Teltow, der Gemeinde Kleinmachnow, der Gemeinde Stahnsdorf, dem Technologie-Zentrum Teltow sowie dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, und insbesondere bei Mercedes Wegner und Grit Matthes im Bürgerbüro.

Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf

November 2006

Jens Klocksinn

Sung-Ho Jeong

2. Die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf

Die Region hat seit der politischen Wende von 1989/90 eine außerordentliche dynamische Entwicklung erfahren. In einem ersten Schritt soll dieser Prozess mittels einer Bestandsaufnahme nachgezeichnet werden. Als zweiter Schritt erfolgt eine Verortung der Region im Kontext der Verflechtung des Landes Brandenburg mit Berlin, und hier insbesondere dem Berlin nahen Raum.

2.1. Bestandsaufnahme

Zur Bestandsaufnahme werden zentrale Indikatoren aus den Themenfeldern Bevölkerung, Wohnen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Verkehr herangezogen, anhand derer die Region charakterisiert werden soll. Die verwendeten Daten entstammen folgenden Quellen:

- Bundesagentur für Arbeit (BfA)
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg
- Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)
- Industrie- und Handelskammer Potsdam (IHK)
- Kraftfahrzeugbundesamt
- Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS)
- Landesumweltamt Brandenburg (LUA)

Belastbare Daten über den Unternehmensbesatz in Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf konnten nicht beschafft werden. Auf die Frage nach Daten zur Unternehmensgröße nach Umsatz und Beschäftigtenbesatz sowie nach Branche ab 1989/90 teilte die IHK Potsdam² mit, dass sie die gewünschten Daten nicht vorhalte. Die Gemeinde Stahnsdorf³ stellte dar, dass Aussagen zur der Entwicklung der Umsatzgröße der Gewerbebetriebe sowie deren Beschäftigungsstrukturen in den Gemeinden nicht erfasst würden. Auch eine Zuordnung der Unternehmen nach Branchen könne nur unter erheblichem manuellem Zeitaufwand erstellt werden, da die aussagefähigeren Gewerbeprogramme erst seit wenigen Jahren im Einsatz seien. In diesem Sinne äußerte sich auch die Gemeinde Kleinmachnow⁴. Die – verfügbaren – Daten über den Beschäftigtenbesatz stammten von der Gewerbeanmeldung und seien deshalb nicht aussagefähig. Auch die Stadt Teltow⁵ konnte die nachgefragten Daten nicht zur Verfügung stellen. Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik bietet öffentlich zugängliche Daten nur auf Ebene der Landkreise.

² Schreiben der IHK Potsdam an Jens Klocksins vom 17.08.2006.

³ Schreiben der Gemeinde Stahnsdorf an Jens Klocksins vom 28.09.2006.

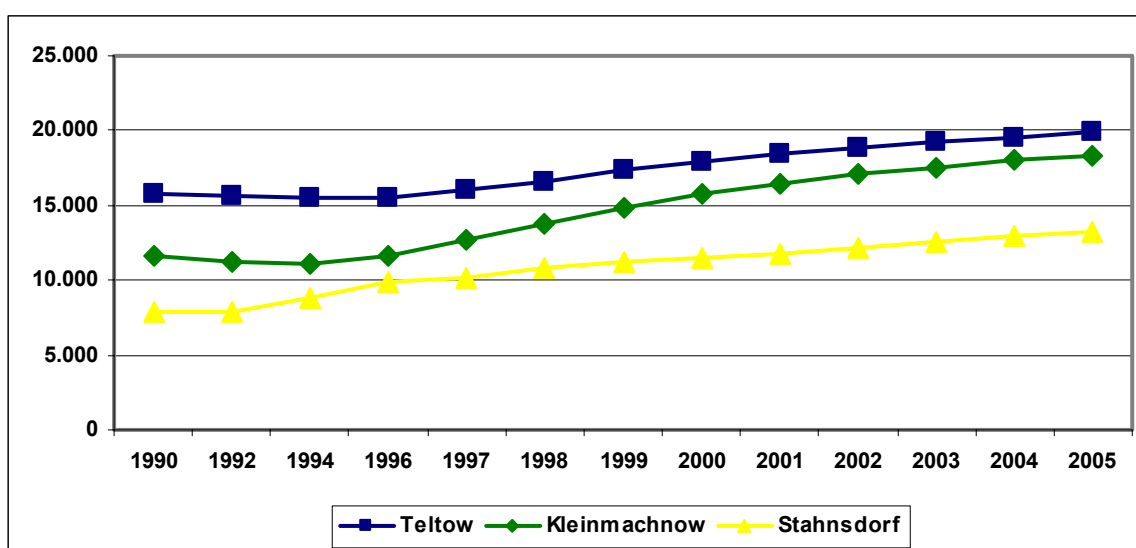
⁴ Schreiben der Gemeinde Kleinmachnow an Jens Klocksins vom 13.10.2006.

⁵ Schreiben der Stadt Teltow an Jens Klocksins vom 10.10.2006.

Detaillierte Struktur- und Wirtschaftsdaten für Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf sind im Anhang beigefügt. Diese geben einen umfassenden Überblick über die Kommunen.

Die Bevölkerungsentwicklung nach der Wende 1998/90 weist eine deutliche Bevölkerungszunahme für die drei Kommunen auf. Die Gemeindegebietsreformen von 1993 und 2001 wurden berücksichtigt, so dass der folgenden Darstellung der aktuelle Gebietsstand zugrunde liegt.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung, 1990 bis 2005, absolute Werte



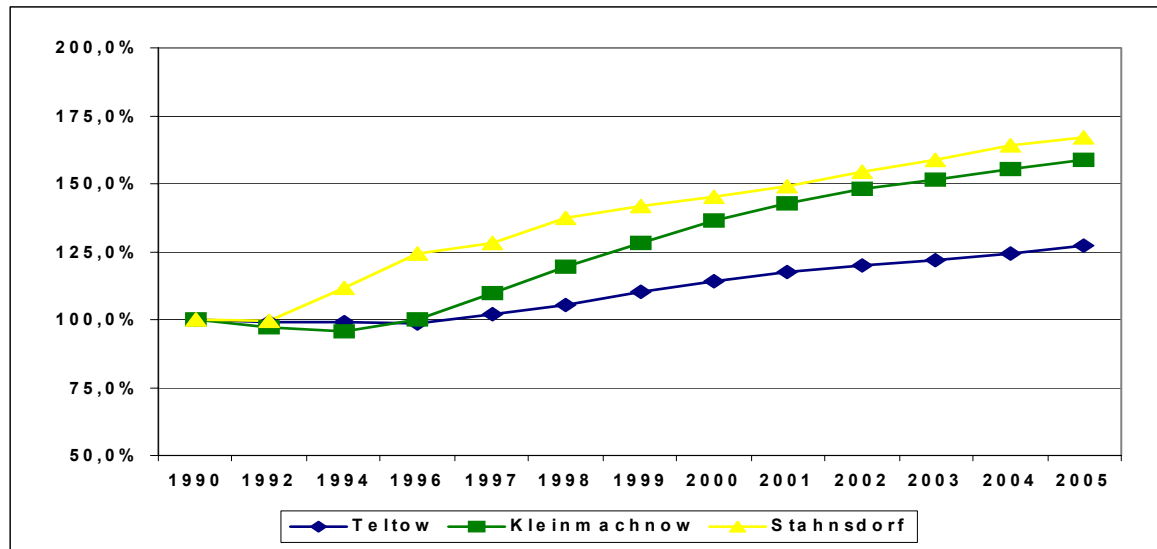
	1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Teltow	15.720	15.584	15.567	15.488	16.021	16.593	17.343	17.938	18.445	18.841	19.188	19.541	19.972
Kleinmachnow	11.565	11.233	11.083	11.577	12.715	13.795	14.826	15.796	16.507	17.100	17.497	17.988	18.367
Stahnsdorf	7.920	7.888	8.852	9.852	10.147	10.880	11.224	11.506	11.785	12.216	12.589	12.977	13.235
Region gesamt	35.205	34.705	35.502	36.917	38.883	41.268	43.393	45.240	46.737	48.157	49.274	50.506	51.574

Quelle: LDS Brandenburg

Die Zunahme in der Einwohnerzahl ist also nicht auf Eingemeindungen zurückzuführen, sondern auf einen positiven Saldo der Wanderungsüberschüsse und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. In allen drei Orten hat die Bevölkerung um mehrere Tausend Einwohner zugenommen. Für die Region insgesamt ergibt sich eine Bevölkerungszunahme von 35.205 Menschen im Jahr 1990 auf 51.574 Menschen im Jahr 2005. Es entspricht einer Zunahme um 16.369 Einwohner in 15 Jahren. Dieses ist charakteristisch für viele Kommunen im Berlin nahen Raum. Die Bevölkerungszunahme hat sich auch im Jahr 2006 fortgesetzt. So konnte in Teltow im August 2006 die 20.000ste Einwohnerin begrüßt werden.

Besonders deutlich wird die Bevölkerungszunahme in der folgenden prozentualen Betrachtung. Auch bei dieser Darstellung wurden die Gemeindegebietsreformen berücksichtigt.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung, 1990 bis 2005, Index 1990 = 100



	1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Teltow	100,0%	99,1%	99,0%	98,5%	101,9%	105,6%	110,3%	114,1%	117,3%	119,9%	122,1%	124,3%	127,0%
Kleinmachnow	100,0%	97,1%	95,8%	100,1%	109,9%	119,3%	128,2%	136,6%	142,7%	147,9%	151,3%	155,5%	158,8%
Stahnsdorf	100,0%	99,6%	111,8%	124,4%	128,1%	137,4%	141,7%	145,3%	148,8%	154,2%	159,0%	163,9%	167,1%
Region gesamt	100,0%	98,6%	100,8%	104,9%	110,4%	117,2%	123,3%	128,5%	132,8%	136,8%	140,0%	143,5%	146,5%

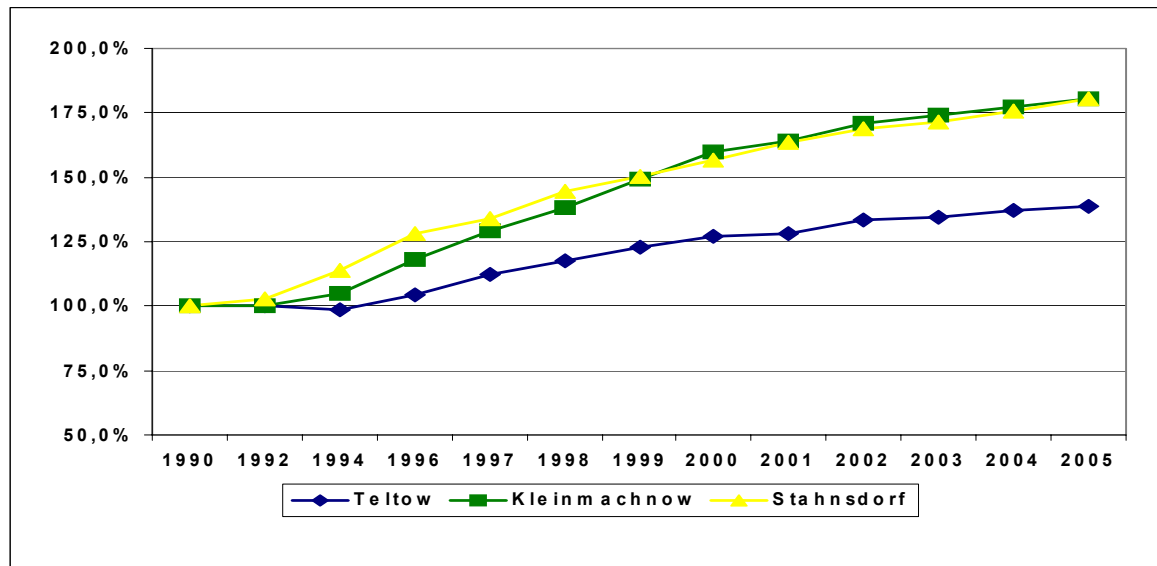
Quelle: LDS Brandenburg

Gegenüber 1990 kann Stahnsdorf einen Bevölkerungszuwachs von 67,1% verzeichnen. Ähnlich verlief die Entwicklung in Kleinmachnow mit einem Zuwachs von 58,8%. In Teltow beträgt die Bevölkerungszunahme 27,0%, welches angesichts der Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg dennoch ein auffallend hoher Wert ist.

Die dynamische Bevölkerungsentwicklung der Region begann erst Mitte der 1990er Jahre. Ab 1994 ist in Stahnsdorf ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, ab 1997 auch in Kleinmachnow und Teltow. Die Region insgesamt hat seit 1990 einen Zuwachs der Einwohnerzahl um 46,5% erfahren.

Einhergehend mit der positiven Bevölkerungsentwicklung lässt sich auch eine erhebliche Zunahme des Wohnungsbestandes feststellen.

Abbildung 3: Wohnungsbestandsentwicklung, 1990 bis 2005, Index 1990=100



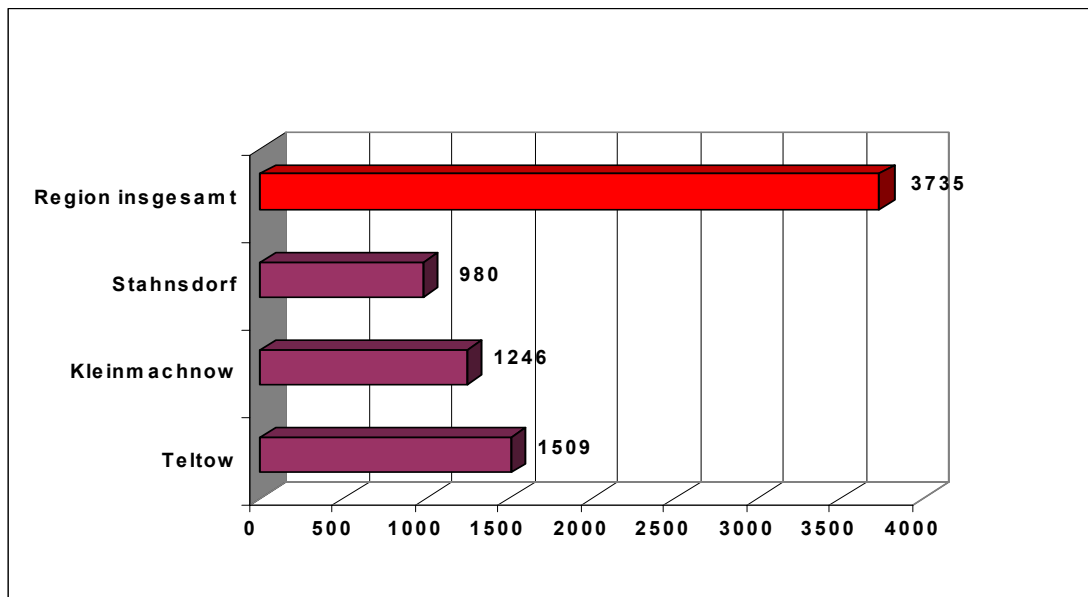
	1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Teltow	100,0%	100,0%	98,5%	104,3%	112,1%	117,6%	122,9%	127,0%	128,2%	133,2%	134,4%	137,0%	138,9%
Kleinmachnow	100,0%	100,0%	104,9%	118,2%	129,0%	138,2%	149,2%	159,9%	164,2%	171,2%	173,9%	177,4%	180,5%
Stahnsdorf	100,0%	103,0%	113,8%	128,0%	133,8%	144,7%	150,3%	156,7%	163,3%	168,9%	171,4%	175,6%	180,4%

Quelle: LDS Brandenburg

Die Zuwachsraten des Wohnungsbestandes liegen für alle drei Kommunen noch über den Zuwachsraten der Bevölkerung. Es wird deutlich, dass alle drei Kommunen als attraktiver Wohnort gesehen werden.

Die abnehmende durchschnittliche Haushaltsgröße, welche im bundesweiten Kontext zu einer größeren Nachfrage vor allem nach Wohnungen für 1- oder 2-Personenhaushalte führt, hat kaum Einfluss auf diese Entwicklung gehabt. Nach Daten der amtlichen Statistik und von Marktforschungsinstituten lässt sich ein bundesweiter Trend hin zu einer abnehmenden Haushaltsgröße feststellen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in der Region widerspricht diesem Trend. Haushaltstrukturell bedingte Gründe für die Zunahme des Wohnungsbestandes sind für die Region daher weniger anzuführen, als die Neubautätigkeit aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung.

Abbildung 4: Aktive Betriebsstätten



Quelle: IHK, Stand Juli 2006

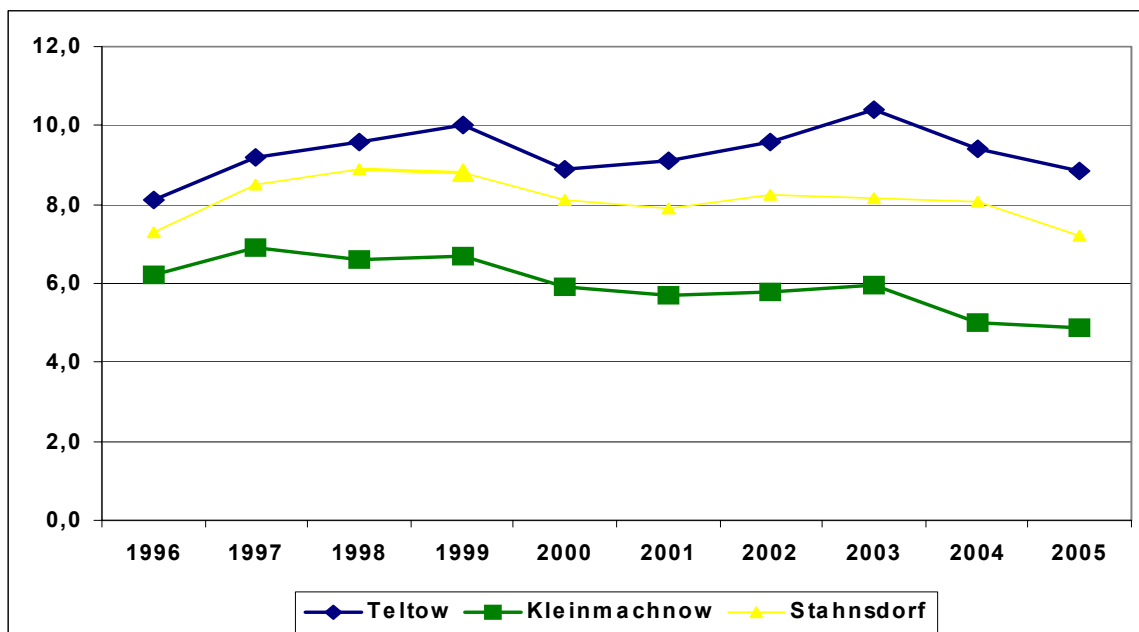
Bei dieser Darstellung ist zu berücksichtigen, dass die aktiven Betriebsstätten nur die IHK-zugehörigen Unternehmen und Gewerbetreibende umfassen. Nicht enthalten sind Handwerksbetriebe sowie Freiberufler. Es lässt sich feststellen, dass es in der Region verhältnismäßig viele aktive Betriebsstätten gibt. Für die Region beträgt das Verhältnis von aktiven Betriebsstätten je 1000 Einwohner 72,4. Im Vergleich dazu beträgt das bundesweite Verhältnis von Unternehmen je 1000 Einwohnern 38,4, wobei hier alle Betriebe sowie Freiberufler berücksichtigt sind.⁶ Die Anzahl der aktiven Betriebsstätten geben allerdings noch keine Auskunft über deren Unternehmensstruktur. Die Daten umfassen sowohl große Unternehmen als auch (Klein-)Gewerbetreibende. Gerade durch den Boom der Ich AG'en wird die Aussagekraft relativiert. Eine genauere Darstellung ist in Ermangelung einer belastbaren Datenbasis nicht möglich.

Die Tatsache, dass sich die Zahl der Unternehmen seit der Wende 1989/90 vervielfacht hat, kann am Beispiel Teltow erkannt werden. So hat sich hier die Zahl der Unternehmen seit der Wende verzehnfacht.⁷

⁶ vgl. Statistisches Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland, eigene Berechnungen.

⁷ vgl. Teltower Stadt-Blatt Verlags- und Presse GmbH 2004, S. 14.

Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosenrate, 1996 bis 2005



	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Teltow	8,1	9,2	9,6	10,0	8,9	9,1	9,6	10,4	9,4	8,9
Kleinmachnow	6,2	6,9	6,6	6,7	5,9	5,7	5,8	6,0	5,0	4,9
Stahnsdorf	7,3	8,5	8,9	8,8	8,1	7,9	8,2	8,2	8,1	7,2

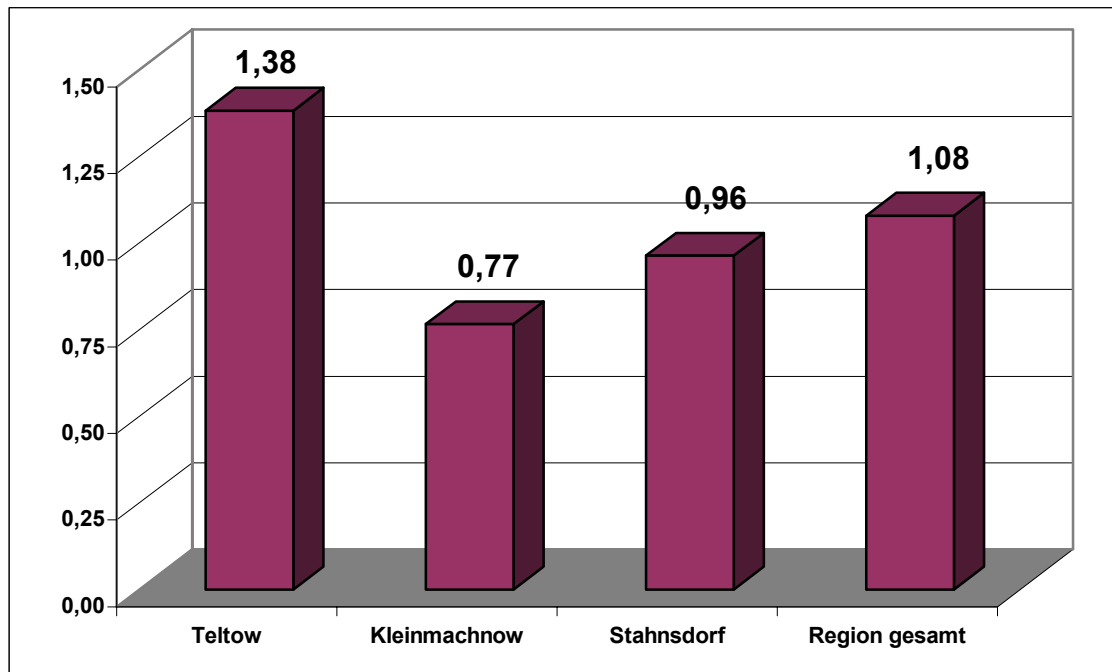
Quelle: BfA, LUA, eigene Berechnungen

Für Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf hält die Bundesagentur für Arbeit keine auf die Gebietskörperschaften herunter gebrochene Arbeitslosenstatistik vor. Die Berechnung erfolgte daher auf Grundlage der Arbeitslosenzahl der Arbeitsagentur und einer Schätzung der Erwerbspersonen. Im Vergleich zeigt sich, dass Kleinmachnow im Jahr 2005 mit 4,9% die geringste Arbeitslosenrate verzeichnet. Teltow weist mit 8,9% die höchste Arbeitslosenrate der drei Kommunen auf. Verglichen mit den Werten für ostdeutsche Länder und Kommunen ist jedoch auch dieser Wert bemerkenswert niedrig.

Die offiziellen Arbeitslosenquoten⁸ (Stand September 2006) betragen 10,1% für den Bund, 17,1% für Berlin, 16,0% für das Land Brandenburg und 10,8% für den Landkreis Potsdam-Mittelmark. Die Arbeitslosenraten der drei Kommunen sind im Vergleich dazu konstant niedrig. Das deutet darauf hin, dass die Arbeitsmarktssituation in der Region als vergleichsweise positiv zu beurteilen ist. Dieser Eindruck wird durch die Arbeitsplatzzentralität unterstrichen.

⁸ Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, aus: Märkische Allgemeine Zeitung vom 29.09.2006.

Abbildung 6: Arbeitsplatzzentralität 2005



Quelle: LDS Brandenburg, eigene Berechnungen

Das Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort gibt Auskunft über Bedeutung einer Kommune als Arbeitsort. Die so definierte Arbeitsplatzzentralität weist bei einem Verhältnis von über 1 auf eine überörtliche Arbeitsmarktbedeutung, eine besondere Bedeutung als Wirtschafts- und Arbeitsstandort und ein positives Pendleraufkommen hin. Die Abbildung zeigt erhebliche Unterschiede der einzelnen Kommunen. Für die Region insgesamt mit einem Wert von 1,08 kann aber eine überörtliche Bedeutung als Arbeitsort festgestellt werden. Dies entspricht der Einschätzung des Landesamtes für Bauen und Verkehr⁹, welches „hohe Arbeitsplatzzuwächse“ für Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf konstatiert.

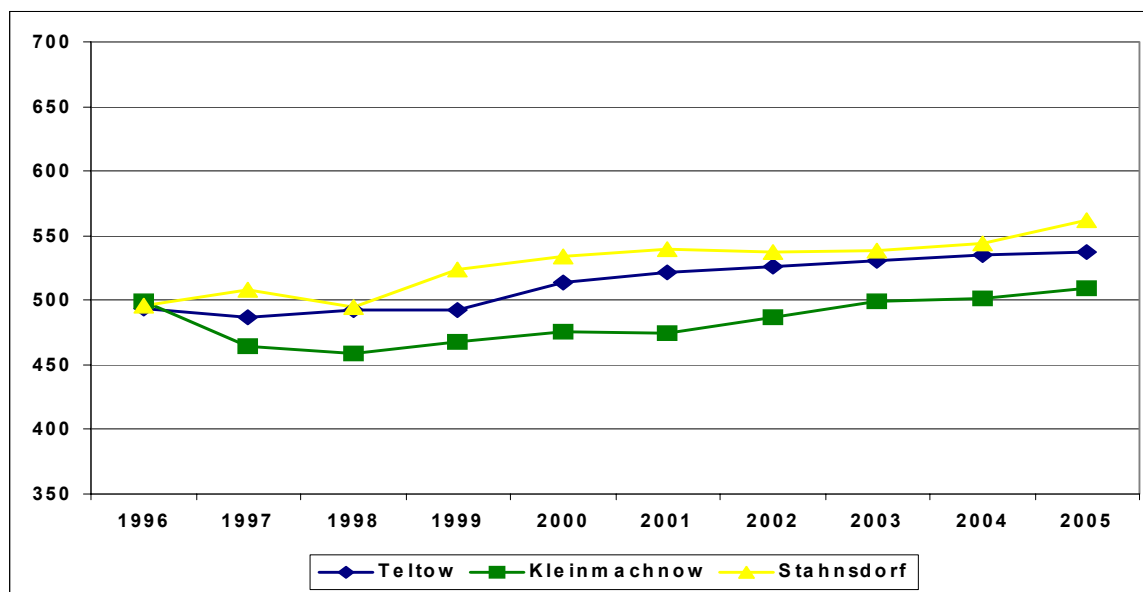
Auch die Arbeitsplatzdichte deutet auf eine überörtliche Arbeitsmarktbedeutung hin. Mit 346 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 1000 Einwohner liegt die Region über dem bundesweiten Verhältnis, welches 319 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1000 Einwohner beträgt.¹⁰ Insgesamt arbeiten 17.800 Sozialversicherungspflichtige in der Region, gut 16.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben hier ihren Hauptwohnsitz.¹¹

⁹ vgl. Landesamt für Bauen und Verkehr (2006), S. 228.

¹⁰ vgl. Statistisches Jahrbuch 2006 für die Bundesrepublik Deutschland, eigene Berechnungen.

¹¹ vgl. Struktur- und Wirtschaftsdaten im Anhang.

Abbildung 7: Pkw-Dichte (Pkw je 1000 Einwohner) 1996 bis 2005



	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Teltow	493	486	492	493	514	522	527	530	535	537
Kleinmachnow	499	464	458	468	476	475	487	499	501	509
Stahnsdorf	496	508	494	523	534	539	538	539	544	562

Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt, eigene Berechnungen

Die Anzahl der Personenkraftwagen (PKW) je 1000 Einwohner ist in den drei Kommunen in den letzten 10 Jahren spürbar gestiegen. Nicht berücksichtigt sind dabei Nutzfahrzeuge und Lastkraftwagen, anderorts gemeldete Firmenwagen sowie in Berlin und anderenorts gemeldete Privatwagen. Stahnsdorf weist mit einer PKW-Dichte von 562 je 1000 Einwohner den höchsten Wert auf. Kleinmachnow mit 509 PKW je 1000 Einwohner den Niedrigsten. Zum Vergleich: Die Werte liegen für Berlin bei 359 PKW und für Brandenburg bei 558 PKW je 1000 Einwohnern. Bundesweit liegt das Verhältnis bei 550 PKW zu je 1000 Einwohnern.

Die kontinuierliche Zunahme über die letzten 10 Jahre zeigt, dass die Bevölkerung auf das Auto angewiesen zu sein scheint. Die PKW-Dichte weist gleichzeitig auf ein (noch) nicht ausreichendes Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs hin. Allerdings hat die Region laut Nahverkehrsplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark¹² die höchste werktätige Verkehrsnachfrage sowie in der Prognose das größte Wachstumspotential im Kreis. Zudem dürften hier aber auch Wohlstandseffekte und ein suburbia-typisches Nutzerverhalten eine Rolle spielen.

¹² vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark (2002), Karte 26, 30.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sowohl die demographische als auch die wirtschaftliche Entwicklung äußerst positiv verlaufen ist.

Trotz der räumlichen Nähe zu Berlin und Potsdam ist die Region ein weitgehend eigenständiger Siedlungsraum mit einer eigenen Dynamik. Die Region ist aber auch geprägt von der Verflechtung des Landes Brandenburg mit Berlin und insbesondere von der Lagegunst zu Berlin und Potsdam. Dieses soll im Folgenden näher betrachtet werden.

2.2. Die Region im Kontext der Metropolregion Berlin-Brandenburg

Die regionale Entwicklung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg verläuft seit der Wende 1989/90 hochgradig differenziert. Diese Erkenntnis war für die die Landesregierung Brandenburg tragende Parteien-Koalition nach der Landtagswahl 2004 Anlass, die bisherige Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, die Dezentrale Konzentration als Maxime der Landesplanung und den geltenden Kommunalen Finanzausgleich auf Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen.

Das Land Brandenburg lässt sich – und auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Struktur sowie der demographischen Entwicklung – in drei grobe Raumtypen gliedern: Die ländlichen Räume, die Region Cottbus/Niederlausitz als zwischenräumliche Agglomeration zwischen Berlin und Dresden sowie die Berlin nahen Kommunen, in denen schon jetzt 40 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung leben.

Berlin nahe Regionen wie Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf haben, wenn auch zeitlich versetzt, allein dank ihrer Lagegunst eine tendenziell positive wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Auch der Landkreis Potsdam-Mittelmark gehört zu den Landkreisen Brandenburgs, die ein großes wirtschaftliches Potenzial aufweisen. Die Prognos AG zählt den Landkreis zu den wichtigen Standorten für Forschung, Wirtschaft und Dienstleistung in Ostdeutschland¹³.

Begründet wird die herausragende Stellung des Landkreises mit der Nähe und der engen Verflechtung mit Berlin. Auch in einer Analyse der Zukunftsfähigkeit aller deutschen Städte und Landkreise kann sich der Landkreis einem bundesweiten Vergleich stellen. Das Berlin - Institut bewertete alle 440 Landkreise und kreisfreien Städte anhand von 22 Indikatoren, welche zu 6 Bereichen zusammengefasst wurden:¹⁴

¹³ vgl. Prognos 2004, S. 21.

¹⁴ vgl. Berlin-Institut 2004, S. 6 ff.

Abbildung 8: Indikatoren zur Analyse der Zukunftsfähigkeit

Demografie	Wirtschaft	Integration
Kinderzahl pro Frau	Kaufkraft	Bildungschancen für Ausländer
Unter 20-Jährige	Bruttoinlandsprodukt	Arbeitslosigkeit unter Ausländern
Frauenanteil	Gestaltungsquote	
Wanderung	Erwerbstätigkeit	
Natürlicher Saldo	Arbeitslose + Sozialhilfeempfänger	
Bevölkerungsprognose	Hochbetagte	
	Wohnungsbau	
Bildung	Familienfreundlichkeit	Flächennutzung
Schulabgänger ohne Abschluss	Singlehaushalte	Freifläche
Ausbildungsplätze	Kindergärten	Fremdenverkehr
Hochqualifizierte		

Quelle: Berlin-Institut

Zu begrüßen ist hier der Versuch, anhand geeigneter Indikatoren eine Vergleichbarkeit aller Landkreise und kreisfreien Städte zu ermöglichen. Dennoch kann die Frage aufgeworfen werden, inwiefern die Lebenswirklichkeit in den verschiedenen Regionen Deutschlands durch Indikatoren in dieser oder anderer Form abgebildet werden kann. Viele dieser Indikatoren sind im regionalen Kontext anders zu sehen, als in einem bundesweiten Vergleich.

Ungeachtet dieses Vorbehalts gilt: Bei der Analyse der Zukunftsfähigkeit lässt der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit einer Gesamtnote von 3,05 die meisten ostdeutschen Landkreise weit hinter sich und befindet sich im Ranking in der Nähe süddeutscher Landkreise¹⁵. Bei den Teilnoten für Potsdam-Mittelmark lässt sich beobachten, dass die Benotung für die Bereiche Wirtschaft, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung besonders gut ausfällt.

In dem mit 203.000 Einwohnern bevölkerungsreichsten Landkreis arbeiten laut Prognos AG¹⁶ 5,1% der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, 27,7% im Produzierenden Gewerbe und 67,2% im Dienstleistungsbereich. Die weiteren Wirtschaftsdaten nach Prognos: „Charakteristisch für den Landkreis ist die Konzentration der Branche `Forschung und Entwicklung`. Gleichzeitig haben die wissensintensiven Branchen einen Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen, während die beschäftigungsintensiven Bereiche eher von einem Rückgang betroffen sind. Als wachsende Leitbranchen lassen sich in Potsdam-Mittelmark insbesondere `Forschung und Entwicklung` (+7,0% Beschäftigungswachstum p.a.), `Abwasser- und Abfallentsorgung` (+4,3% p.a.) sowie `Großhandel und Handelsvermittlung` (+1,8% p.a.) identifizieren. Weitere Branchen mit positivem Beschäftigungswachstum sind unter anderem `Medi-

¹⁵ vgl. Berlin-Institut 2004, S. 45; die Bewertungsskala reicht von 1 bis 6, wobei 1 „sehr gut“ und 6 „sehr schlecht“ bedeutet.

¹⁶ vgl. Prognos 2005, S. 44.

zin-, Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik, Optik´ (+15% p.a.), `Kultur, Sport und Unterhaltung´ (6,9% p.a.) sowie `Gesundheit- und Sozialwesen´ (+4,7% p.a.). Ein besonders negatives Beschäftigungswachstum bei relativ hoher Relevanz für den Landkreis weisen die Branchen `Baugewerbe´ (-10,0% p.a.), `Herstellung von Metallerzeugnissen´ (-6,6% p.a.) und `Nachrichtenübermittlung´ (-6,0% p.a.) auf.“

Nach Angaben des Landesamtes für Bauen und Verkehr¹⁷ weist Potsdam-Mittelmark mit 52.000 nach Potsdam von den brandenburgischen Kreisen die zweithöchste Zahl an SV-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen am Arbeitsort auf. Gleichzeitig hat der Kreis mit 60% die höchste Auspendlerquote aller Kreise. „Von den 42.000 Auspendlern arbeitet je ein Drittel in Potsdam und Berlin. Umgekehrt sind aber auch z.B. Teltow und Stahnsdorf Arbeitsort für eine große Zahl von Einpendlern aus Berlin und Potsdam“. Dadurch hält der Kreis mit 45% auch die höchste Einpendlerquote des Landes.

Der Landkreis Potsdam-Mittelmark hat mit 10,8% die niedrigste Arbeitslosenquote¹⁸ in Brandenburg, noch vor Potsdam (10,9%), Teltow-Fläming (12,9%) und dem Havelland (14,5%). Im unteren Bereich liegen Brandenburg/ Havel (19,1%), Ober-Spreewald-Lausitz (21,9%) und die Uckermark (23,1%)

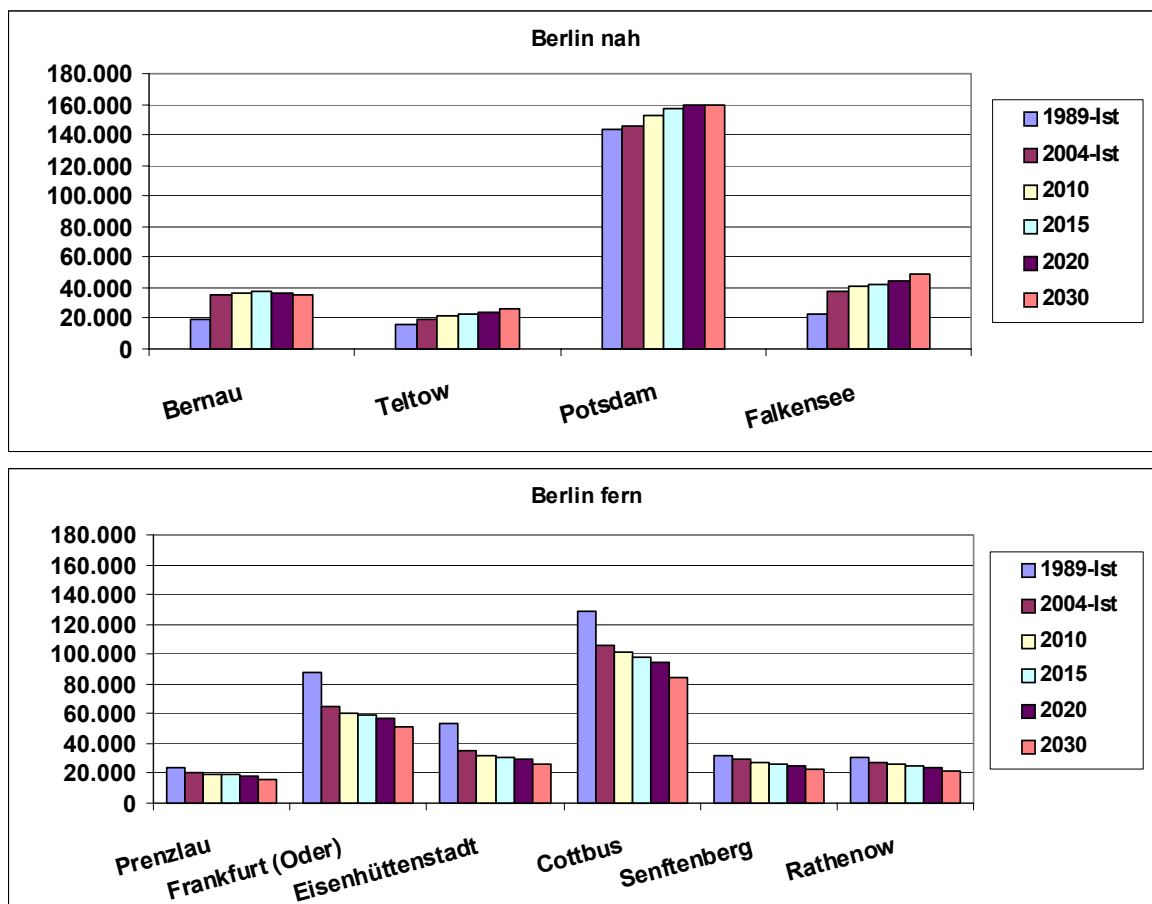
Diese kreisbezogenen Angaben dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch innerhalb des Landkreises Potsdam-Mittelmark ein erhebliches Ausstattungsgefälle zwischen Berlin nahen und Berlin fernen Kommunen besteht. Dies gilt im Übrigen für alle nach Berlin ausgerichteten Landkreise.

Die regionale Disparität im Land Brandenburg dürfte aus heutiger Sicht als dauerhaft begriffen werden. In einigen Regionen hat die negative wirtschaftliche Entwicklung auch eine negative demographische Entwicklung nach sich gezogen.

¹⁷ vgl. Landesamt für Bauen und Verkehr (2006), S. 228 f.

¹⁸ Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, aus: Märkische Allgemeine Zeitung vom 29.09.2006.

Abbildung 9: Vergleich Bevölkerungsprognosen



	Ist-Wert		aktuelle Bevölkerungsprognose des LDS			
	1989-Ist	2004-Ist	2010	2015	2020	2030
Bernau	19.570	35.000	36.800	37.180	36.980	35.590
Teltow	15.720	19.540	21.280	22.760	24.120	26.740
Potsdam	143.000	145.710	152.500	156.990	159.880	159.690
Falkensee	22.700	37.490	40.520	42.700	44.790	48.670
Prenzlau	23.900	21.040	19.900	19.270	18.420	16.330
Frankfurt (Oder)	88.100	65.240	60.760	59.270	57.240	51.300
Eisenhüttenstadt	53.000	35.880	32.200	30.950	29.410	25.770
Cottbus	129.100	106.420	101.400	98.510	94.660	84.060
Senftenberg	32.100	29.140	27.600	26.530	25.260	22.260
Rathenow	31.300	27.230	26.240	25.320	24.130	21.110

Quelle: LDS Brandenburg, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1991

Die Bevölkerungsentwicklung der letzten 15 Jahre und die Bevölkerungsprognosen für die hier ausgewählten zehn Beispiele zeigen eine höchst unterschiedliche Entwicklung in den nächsten 25 Jahren. Während die Berlin nahen Kommunen einen erkennbaren Zuwachs erfahren haben und weiter erfahren werden, sinkt die Bevölkerung in den Berlin fernen Kommunen kontinuierlich.

Die zentrale Herausforderung an die brandenburgische Landespolitik der nächsten Jahre wird sein, entsprechend dem eigenen Anspruch der Politikgestaltung und dem grundgesetzlichen Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse die Daseinsvorsorge, Grundversorgung und Mobilität in einem Land gravierender Gegensätze – je nach Lage – sicherzustellen.

Dass den an Berlin grenzenden Regionen Brandenburgs dabei eine besondere Aufgabe zukommt, hat Ministerpräsident Matthias Platzeck¹⁹ im Frühjahr 2005 sehr deutlich beschrieben: „Brandenburgs Zukunft liegt in der Metropolregion. Brandenburg ist ein Zukunfts- und Chancenland mit großen Potentialen, das Umland von Berlin eine der attraktivsten Regionen in Europa. Aber dies gilt eben nicht für alle Regionen im Land gleichermaßen. Und weil das so ist, wird zu wenig selbstbewusst darüber geredet. Aus Angst, den Groll der Menschen in der „abgehängten“ Peripherie auszulösen, wird von Seiten der Politik mit dem Pfund der Berlinnähe und allen seinen Implikationen (Stichworte nur: Wissens- und Wissenschaftsregion, Highvalue-Wirtschaft, F & E, Lebensqualität, Kultur, Wanderungsgewinne etc.) noch immer nicht genug gewuchert. Die Vorzüge und Potentiale Brandenburgs müssen im Land selbst und nach außen ohne Scheu und schlechtes Gewissen thematisiert werden – auch auf die Gefahr hin, dass dies in Prignitz, Uckermark, Elbe-Elster oder Oberspreewald-Lausitz zunächst nicht gut ankommt.“

Die relative Stabilität des Berlin nahen Raumes darf deshalb nicht den Blick auf dessen notwendige strukturpolitische Begleitung verstellen. „Das wichtigste Argument, das auch aus der Sicht der Berlinfernen Regionen dafür spricht, die Berlinnahe Region zu fördern, sind die Chancen, die sich für Brandenburg aus einer effizienteren Förderpolitik ergeben“, so Hermann Ribhegge²⁰, Professor an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Ribhegge weiter: „Gelingt es mit der verstärkten Berlinnahen Förderung, das endogene Potenzial dieser Region zu entfalten, so ist dies nicht nur für den Berlinnahen Raum, sondern für ganz Brandenburg von Vorteil. (...) Entwickelt sich eine Dynamik im Berlinnahen Raum, so führt dies zu mehr Einkommen und insbesondere zu einem höheren Steueraufkommen und stellt so einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung dar. (...) Haushaltskonsolidierung und mehr finanzieller Spielraum ist aber auch eine Chance zu verstärkter Förderung der peripheren Räume“.

¹⁹ vgl. Platzeck (2005), S.6f.

²⁰ vgl. Ribhegge (2005), Zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, S. 11.

3. Über die qualitativen Merkmale des Standortes

Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, der Landesplanung und des Kommunalen Finanzausgleichs sind für die Städte und Gemeinden im Land Brandenburg von großer Bedeutung. Im Folgenden wird zunächst dargestellt, warum die Region ein Branchenschwerpunktort ist. Anschließend soll nachgewiesen werden, dass die Region auch die Anforderungen eines Regionalen Wachstumskerns und eines Mittelzentrums erfüllt.

3.1. Die Region als Branchenschwerpunktort

Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg sollen sektorale und regionale Schwerpunkte gesetzt werden. Im Mittelpunkt steht eine „potenzialorientierte Investitionsförderung“, welche folgende drei Bereiche umfasst:²¹

- Säule 1: Wachstumsprogramm für den Mittelstand
- Säule 2: Neue GA-G Richtlinie (Gemeinschaftsaufgabe Gewerbliche Wirtschaft)
- Branchenkompetenzfelder

Säule 1: Wachstumsprogramm für den Mittelstand ist seit dem 1. September 2005 in Kraft und ist als Wachstumsprogramm für den Brandenburger Mittelstand gedacht. Eine Höchstförderung (Potenzialförderung, s.u.) für KMU bei förderfähigen Investitionen bis 2,5 Mio. Euro ist unabhängig von Ort und Branche möglich. Weiterhin ist der Abruf der Fördermittel bis zu zwei Monate vor Bezahlung der Rechnungen möglich. Auch der Verzicht auf eine Bewilligung eines „vorzeitigen Maßnahmenbeginns“ ist eine Erleichterung.

Säule 2: Neue GA-G Richtlinie ist zum 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Die Basisförderung beträgt 17,5% der Investitionsvolumina für alle förderfähigen Unternehmen. Eine zusätzliche Potenzialförderung von 17,5% ist möglich für bestehende Unternehmen, die zu einem Branchenkompetenzfeld zählen sowie für neu ansiedelnde Unternehmen, die zu einem Branchenkompetenzfeld zählen und an einem Branchenschwerpunktort investieren. Weiterhin ist ein KMU-Zuschlag von 15% für kleine und mittlere Unternehmen möglich. Zu berücksichtigen ist hier, dass es bis Ende 2006 EU-bedingte Ausnahmen für die Arbeitsmarktregion Berlin-Brandenburg gibt. Basis- und Potenzialförderung sowie KMU-Zuschlag betragen jeweils 10%.

²¹ vgl. Ministerium der Wirtschaft des Landes Brandenburg 2006, S. 5 ff.

Bei dem Konzept der Branchenkompetenzfelder erfolgt eine Fokussierung der Fördermittel auf Branchen und Standorte. Zunächst wurden 16 Branchenkompetenzfelder definiert, die sich an 67 Branchenschwerpunktorten wiederfinden. Branchenschwerpunktorte sind diejenigen Standorte, an denen sich räumliche Schwerpunkte und Cluster der jeweiligen Branchenkompetenzfelder herausgebildet haben. Branchenkompetenzfelder sind definiert als Wachstumsbranchen, in denen besondere Entwicklungspotenziale vorhanden sind. Namentlich sind dies:

- Biotechnologie/ Life Sciences
- Luftfahrttechnik
- Medien/ Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)
- Automotive
- Energiewirtschaft/ Energietechnologie
- Geoinformationswirtschaft
- Holzverarbeitende Wirtschaft
- Kunststoffe
- Logistik
- Metallerzeugung/ Metallbe- und -verarbeitung/ Mechatronik
- Mineralöl/ Biokraftstoffe
- Optik
- Papier
- Ernährungswirtschaft
- Schienenverkehrstechnik
- (Tourismus)

Die Branche Mikroelektronik wird nicht als eigenständiges Branchenkompetenzfeld geführt, da diese Branche als Querschnittsbranche bzw. als übergreifendes Branchenkompetenzfeld verstanden wird. In der Region lassen sich erfolgreiche Beispiele für Mikroelektronik finden. So hat die SeCoS Halbleitertechnologie GmbH aus Stahnsdorf in Kooperation mit dem Institut für Dünnschichttechnologie und Mikrosensorik e.V. (IDM) in Teltow den Innovationspreis Berlin/Brandenburg 2004 gewonnen. Der Preis wird von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und dem brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft verliehen.

Auch das Branchenkompetenzfeld Tourismus wird, im Zusammenhang mit dem neuen Landestourismuskonzept, inzwischen als Sonderfall gesehen²². Ziele des neuen Landestourismuskonzeptes sind die Erschließung neuer überregionaler Märkte und die Saisonverlängerung. Die Förderung soll sich auf touristische Produkte mit besonderem Potenzial wie Rad-, Wasser-, gesundheitsorientierter und barrierefreier Tourismus konzentrieren. Das Projekt Teltowkanalroute, also die beidseitige und zusammenhängende Erschließung des Kanalufers mit einem Fuß- und Radwegesystems, in Verbindung mit den einschlägigen Landmarken, wie z.B. Teltower Altstadt, Kleinmachnower Seeberg oder Stahnsdorfer Süd-

²² vgl. Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg 2006, S. 14.

westkirchhof, kann als Beispiel für das Entwicklungspotenzial des regionalen Tourismus bzw. der Naherholung gelten.

Das Ministerium für Wirtschaft weist die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf als einen Branchenschwerpunktort mit vier Branchenkompetenzfeldern aus, die jeweils in Branchenskizzen charakterisiert werden. Die nachfolgende Aufstellung soll einen Überblick über den Unternehmensbesatz dieser Branchenkompetenzfelder in der Region vermitteln und ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

- **Biotechnologie/ Life Sciences**

- Genomik und Proteomik
 - WITA GmbH, Teltow
- Molekulare Diagnostik und Biohybride Technologien
 - Siegfried Biologics GmbH, Kleinmachnow
 - LAROVA GmbH, Teltow
- Minimal-invasive Medizin
 - Celon AG medical instruments, Teltow
 - SOMATEX® Medizintechnische Instrumente GmbH, Teltow
- Lasertechnologie, Optik und Telemedizin
 - Getemed Medizin- und Informationstechnik AG, Teltow
- Onkologische Therapie
 - Celon AG medical instruments, Teltow
 - Ferropharm GmbH, Teltow
- Wichtige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen
 - Institut für Polymerforschung im GKSS-Forschungszentrum (Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.), Teltow

- **Medien/ Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)**

- Niederlassungen internationaler Konzerne
 - Deutsche Telekom AG Niederlassung Nordost, Stahnsdorf
 - Ebay GmbH, Kleinmachnow
 - O2 (Germany) GmbH & Co OHG, Teltow
 - Vodafone D2 GmbH, Stahnsdorf

- **Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung/ Mechatronik**

- Die Brandenburger Stahl- und Metallindustrie konzentriert sich regional an wichtigen Unternehmensstandorten. Gleichzeitig umfassen insbesondere die Unternehmen der Metallbe- und -verarbeitung ein regional breit gestreutes Netz von Korrespondenzstandorten. Über diese Standorte hinaus zählt noch eine ganze Reihe an klein- und mittelständischen Betrieben der metallverarbeitenden Industrie Brandenburgs zum Branchenkompetenzfeld, welche die wirtschaftsstrukturelle Bedeutung der Branche als wichtiger Zulieferbereich innerhalb der brandenburgischen Industrie unterstreichen.

- **Optik**

- Optische Geräte- und Messtechnik
 - GF Messtechnik, Teltow
 - SMI SensoMotoric Instruments GmbH, Teltow
- Lasertechnik
 - Highyag Lasertechnologie GmbH, Stahnsdorf
 - Katana International AG, Kleinmachnow
 - Spectra-Physics GmbH, Stahnsdorf
 - NLG New Laser Generation, Teltow
 - ADLARES GmbH, Teltow
 - Elight Laser Systems GmbH, Teltow
- Mikrosystemtechnik
 - AKTIV SENSOR GmbH, Stahnsdorf
- Wichtige außenuniversitäre Forschungseinrichtungen mit Bezug zur Optik
 - Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM) Außenstelle Polymermaterialien und Composite, Teltow

Bemerkenswert ist, dass die drei Kommunen gemeinsam als ein Branchenschwerpunktort benannt wurden. Das veranschaulicht die Wahrnehmung der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf insgesamt als Standort.

3.2 Die Region als Regionaler Wachstumskern

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 22. November 2005 insgesamt 15 Regionale Wachstumskerne²³ (RWK) benannt. Form und Wirkung der RWK sind in Wirtschaftsförderung und Landesplanung in Deutschland ohne Beispiel.

So heißt es im Zweiten Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost vom November 2005²⁴:

„Die Konzentration von Fördermitteln auf RWK ist Kernbestandteil der neuen Förderstrategie der Landesregierung. Ziel ist die Stärkung der wirtschaftsbezogenen Rahmenbedingungen durch Verbesserung der harten und weichen Standortfaktoren. Die wirtschaftsrelevanten Förderprogramme aller Ressorts sollen dementsprechend ausgerichtet werden. Durch sie sollen die regionalen Entwicklungskonzepte und -überlegungen vor Ort sinnvoll unterstützt werden. Die RWK sollen eine Motorfunktion für ihre Region erfüllen (Ausstrahlkraft der Starken).“

²³ Namentlich sind dies: Schwedt/Oder, Wittenberge/Perleberg/Karstädt, Neuruppin, Oranienburg/Velten/Hennigsdorf, Eberswalde, Brandenburg a.d.H., Potsdam, Ludwigsfelde, Wildau/Königs Wusterhausen/Schönefeld, Fürstenwalde, Frankfurt (Oder)/Eisenhüttenstadt, Luckenwalde, Cottbus, Finsterwalde/Lauchhammer/Schwarzheide/Senftenberg/Großräschen („Westlausitz“), Spremberg.

²⁴ vgl. Landtag Brandenburg Drs. 4/2200 2005, S. 2.

Auswirkungen wird die neue Förderstrategie auf die Projekte der RWK haben. Als besonders relevante Projekte nennt die Landesregierung:²⁵

- Gemeinschaftsaufgabe-gewerbliche Wirtschaft (GA-G)
- Gemeinschaftsaufgabe-Infrastruktur (GA-I)
- Stadtentwicklung, Stadtumbau (Programmteil Aufwertung) und Wohnraumförderung
- Landes- und Bundesfernstraßen
- kommunaler Straßen- und Brückenbau nach GVFG
- Maßnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels
- evtl. Änderung des FAG nach Vorliegen des Symmetriegutachtens in 2006
- Technologietransfer
- Hochschul- und Forschungsförderung
- Denkmalschutz und Kommunales Kulturinvestitionsprogramm
- fachpolitische Entscheidungen über Standorte öffentlicher Einrichtungen
- die zur Kofinanzierung zur Verfügung stehenden EU-Mittel (EU-Strukturfonds und andere EU-Programme).

Alle Ressorts verpflichten sich nach dem Willen der Landesregierung, diesen Projekten aus den RWK Vorrang einzuräumen. Impliziert ist damit die zukünftige Nachrangigkeit vergleichbarer Projekte in nicht ausgewiesenen RWK.

Kriterien für die Identifizierung der Regionalen Wachstumskerne sind²⁶:

- überdurchschnittliche wirtschaftliche Potentiale und/ oder
- überdurchschnittliche wissenschaftliche Potentiale

Beides ist somit wünschenswert, aber nicht gleichzeitig erforderlich. Zudem wird eine Mindestgröße von 20.000 Einwohnern als sinnvoller Richtwert angesehen, damit eine „kritische Masse“ überstiegen wird.

Die Kriterien selbst wurden außerordentlich flexibel gehandhabt. Für die Identifizierung eines bzw. mehrerer Orte als regionalen Wachstumskern mussten nicht alle Kriterien kumulativ erfüllt sein. Weiterhin bewirkte keines der einzelnen Kriterien für sich allein bei Nicht-Zutreffen den Ausschluss eines Ortes als regionalen Wachstumskern.

Die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf wurde nicht als RWK ausgewiesen. Die Begründung für die Nichtausweisung stützt sich ausschließlich auf das Kriterium der Mindesteinwohnerzahl: „Keiner der Orte erfüllt das Einwohnerkriterium“.²⁷ Im Folgenden soll nachgewiesen werden, dass die Region die o.g. Kriterien für einen Regionalen Wachstumskern erfüllt.

²⁵ vgl. Landtag Brandenburg Drs. 4/2200 2005, S. 5.

²⁶ vgl. Ribhegge 2005, Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, S. 7.

²⁷ vgl. Landtag Brandenburg Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abg. Thomas Domres (PDS) betr. Regionale Wachstumskerne, Drs. 4/2432.

Die Auswahl des Kriteriums „überdurchschnittliche wirtschaftliche Potentiale“ erfolgt anhand eines Branchenansatzes, um die Kompetenzfelder mit den größten Wachstumschancen in Brandenburg zu identifizieren. Folgende Kriterien fanden bei der Branchen-Analyse Anwendung²⁸:

- internationale Orientierung der Unternehmen
- Intensität der Kooperation der Branchen-Unternehmen mit Forschungseinrichtungen oder Hochschulen
- gemeinsame Entwicklung neuer Produkte und gemeinsame Erschließung neuer Märkte, hohe Verflechtung entlang der Wertschöpfungskette bei Beschaffung und Absatz
- hohe Bedeutung für die Wertschöpfung im Land
- gute Wachstumschancen für die Branche
- Ausstrahlungseffekte auf das Umland

Für die Region wurden die 4 Branchenkompetenzfelder Medien/ IKT, Biotechnologie/ Life Sciences, Metallerzeugung, -be- und -verarbeitung/ Mechatronik und Optik identifiziert, welche bereits im Zusammenhang mit Branchenschwerpunktorten dargestellt wurden. Vielzahl und Stärke der Branchenkompetenzfelder sind maßgeblich für die Erfüllung des RWK-Kriteriums `wirtschaftliches Potential`. „Die wirtschaftlichen Potenziale bemessen sich daran, ob ein Standort Branchenschwerpunktort ist, an dem viele Branchenkompetenzfelder vertreten sind bzw. in denen die Branchenkompetenzfelder besonders stark vertreten sind.“²⁹ Ein Vergleich mit ausgewählten RWK zeigt, dass die Region durchaus den Anforderungen genügt. Für Fürstenwalde, Luckenwalde, Potsdam, Schönefeld, Schwedt und Wildau/ Königs Wusterhausen werden ebenfalls 4 Branchenkompetenzfelder ausgewiesen, so dass die Region sich auf gleicher Augenhöhe mit diesen ausgewiesenen sechs RWK befindet; der RWK Spremberg weist im Übrigen 3 auf.

Die Vielzahl der ansässigen Branchen, der über die vier genannten Branchen hinausreichende Unternehmensbesatz sowie die deutlich überörtliche Ausrichtung vieler Unternehmen lassen das überdurchschnittliche wirtschaftliche Potenzial der Region erkennen. Die Ansiedlung von O2 in Teltow, Ebay in Kleinmachnow und von Vodafone und der Deutschen Telekom AG in Stahnsdorf sind bemerkenswerte Beispiele und unterstreichen gleichzeitig die Attraktivität der Region. Der Europarc Dreilinden wird dem Medienboard Berlin-Brandenburg zufolge als eine von neun „Business Locations“ für die Branche Medien/ IKT in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg genannt.³⁰

²⁸ vgl. Ribhegge 2005, Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, S. 8.

²⁹ vgl. Landtag Brandenburg Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abg. Thomas Domres (PDS) betr. Regionale Wachstumskerne, Drs. 4/2432.

³⁰ vgl. Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH 2006, S. 33 f.

Ein weiteres qualitatives Merkmal für die Wirtschaftskompetenz der Region ist das Technologiezentrum Teltow (TZT). Das seit 1991 vom Landkreis getragene älteste brandenburgische Innovations- und Gründerzentrum hat seitdem über 100 Unternehmen begleitet.

Das überdurchschnittliche wissenschaftliche Potenzial der Region wird in der Vielzahl von Einrichtungen aus Forschung und Entwicklung sichtbar, die wiederum mit anderen Instituten oder Universitäten kooperieren. Als Beispiele – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – seien genannt:

- Institut für Polymerforschung im GKSS-Forschungszentrum (Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.), Teltow
- Fraunhofer-Institut Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM), Außenstelle für Polymermaterialien und Composite, Teltow
- Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), Kleinmachnow
- Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), Dienstsitz Kleinmachnow
- Lehr- und Versuchsanstalt für Tierzucht und Tierhaltung (LVAT), Außenstelle Teltow-Ruhlsdorf

Ergänzend kann die Lagegunst zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin angeführt werden. Der Frankfurter Professor Hermann Ribhegge weist darauf hin, dass bei einer Betrachtung des Indikators Hochschulen im näheren Umfeld eigentlich alle Berlin nahen Kommunen das Kriterium des überdurchschnittlichen wissenschaftlichen Potenzials erfüllen.³¹ Damit würde allerdings das Gewicht des Kriteriums deutlich relativiert.

Das Kriterium einer Mindesteinwohnerzahl von 20.000 Einwohnern ist durchaus diskussionswürdig. So gibt es im Berlin nahen Raum kaum größere Städte. Diese werden jedoch einseitig durch die Mindesteinwohnerzahl von 20.000 Einwohnern bevorzugt. Auch kann das Einwohnerkriterium durch Zusammenschluss ausreichend vieler Kommunen in einem RWK nicht erfüllt werden, da eine der Kommunen die Marge erreichen muss. Der Clusteransatz, nach dem sich die Förderstrategie des Ministeriums für Wirtschaft richtet, ist ebenfalls mit dem Einwohnerkriterium nicht untersetzbar. Hier könnten relative Größen, wie beispielsweise die Beschäftigungsdichte anstatt absoluter Zahlen sinnvoller sein.³²

³¹ vgl. Ribhegge 2005, Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, S. 9.

³² vgl. Ribhegge 2005, Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, S. 10.

Doch auch bei der Einwohnerzahl hat die Region mittlerweile das Plansoll erfüllt. Wie in der Bestandsanalyse dargestellt, hat die Stadt Teltow im August 2006 die Marge von 20.000 Einwohnern überschritten. Die Bevölkerungsprognose des LDS Brandenburg lässt eine Einwohnerzahl von gut 21.000 im Jahr 2010 und eine weitere Zunahme auf über 26.000 bis zum Jahr 2030 erwarten. Da ist es eher unverständlich, das Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf mit Blick auf die günstige Bevölkerungsprognose nicht schon im November 2005³³ als RWK ausgewiesen wurden.

Als grundlegende Schwäche der RWK erweist sich einmal mehr, dass ihrer Ausweisung nicht auf der Basis eines für die Betroffenen nachvollziehbaren Kriterienkataloges erfolgte. So bleibt für die Kommunen unklar, was sie tun müssen, um dazu zu gehören, und was sie tun müssen, um dabei zu bleiben. Ein solch intransparentes Verfahren kann angesichts der materiellen Wirkung des Status RWK nicht befriedigen und sollte mit Blick auf die avisierte Evaluierung in 2007 überwunden werden.

3.3 Die Region als Mittelzentrum

Die derzeitige Landesentwicklungsplanung (LEP I) weist Teltow als Grundzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums aus. Bei den „Planerischen Überlegungen zur Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems“ vom Juli 2006³⁴ als Teil der zukünftigen Landesentwicklungsplanung (Arbeitstitel LEP B-B) ist allein Teltow als Mittelzentrum vorgesehen. Dies würde eine Aufwertung Teltows im Vergleich zur bisherigen Zentralitätsstufe bedeuten. Dennoch gibt es gute Gründe, die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf insgesamt als Mittelzentrum in Funktionsergänzung zu sehen.

Die Bestimmung und Ausweisung von zentralen Orten kann entweder nach einem Ausstattungskatalog oder nach der Orientierung an Funktionen erfolgen, also nach räumlichen Reichweiten. Ein verbindlicher Ausstattungskatalog für ein Mittelzentrum ist seitens der Gemeinsamen Landesplanung nicht mehr vorgesehen. Damit soll vermieden werden, dass die betreffenden Kommunen die – ggf. landesfinanzierte – Einrichtung der Ausstattungsmerkmale einfordern. Nachteilig kann allerdings der damit verbundene Verlust nachvollziehbarer Kriterien sein.

³³ Teltow hatte zum 31.12.2005 19.972 Einwohner; vgl. LDS, Bevölkerungsentwicklung (2006), S. 24.

³⁴ vgl. Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg 2006, S. 6.

Eine Reform des Zentrale-Orte-Systems wird auch in der Wissenschaft diskutiert. So empfiehlt die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) dessen grundlegende Neuausrichtung:³⁵

- „weg von konformen Ausstattungskatalogen für Zentrale Orte mit Anspruchscharakter
- hin zu spezifischer, an die jeweiligen Stärken und Profile der Zentrale Orte angepasster Ausgestaltung
- Flexibilisierung, d.h. Auf- und Abstieg ermöglichen, Reduktion der Ebenen, Ausdünnen des Netzes
- arbeitsteilige Zentren und interkommunale Kooperation befördern“

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg hat sich zu einer Orientierung ausschließlich an Funktionen entschlossen. Bei den planerischen Überlegungen der Gemeinsamen Landesplanung zur Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems werden die folgenden Funktionsbestimmungen für Mittelzentren genannt:

- Wirtschafts- und Siedlungsfunktion,
- Einzelhandelsfunktion,
- Kultur- und Freizeitfunktion,
- Verwaltungsfunktion,
- Bildungsfunktion,
- Gesundheitsfunktion,
- Soziale Versorgungsfunktion,
- sowie überregionale Verkehrsknotenfunktionen.

In den Mittelzentren sollen die für den jeweiligen Mittelbereich gehobenen Raumfunktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung konzentriert werden. Die in den Mittelzentren vorhandenen Angebote an Gütern und Dienstleistungen sollen dem Nachfragepotenzial entsprechend gesichert, im Einzelfall qualifiziert werden.

Im Folgenden wird versucht, anhand der dargestellten Funktionsbestimmungen das Ausstattungsprofil von Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf abzufragen.

³⁵ vgl. Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2005, Thesenpapier, These 8.

Abbildung 10: Funktionsbestimmung für die Region als Mittelzentrum

	Teltow	Kleinmachnow	Stahnsdorf
Wirtschaftsfunktion			
Arbeitsplatzzentralität	X	–	–
Branchenschwerpunktort	X	X	X
Siedlungsfunktion			
Siedlungsagglomeration	X	X	X
Einzelhandelsfunktion			
großflächiger Einzelhandel	X	–	X
differenzierter Einzelhandel	X	X	X
Filialen von Kreditinstituten	X	X	X
Kulturfunktion			
Bibliothek	X	X	X
Museum	X	X	X
kulturelle Aufführungsmöglichkeit	X	X	X
Freizeitfunktion			
Kino	X	X	–
Schwimmbad/ Badestelle	–	X	X
Mehrzweckhalle	–	X	–
Sportanlage	X	X	X
Tennishalle	–	X	X
Verwaltungsfunktion			
Bundesbehörde bzw. -dienststelle	X	X	X
Landesbehörde bzw. -dienststelle	X	X	–
Kreisbehörde bzw. -dienststelle	X	–	–
Bildungsfunktion			
Grundschulen	X	X	X
Schulen SEK II	X	X	–
Oberstufenzentrum	X	–	–
Förderschule	X	X	–
Volkshochschule bzw. Teilstandort	X	X	–
Musikschule/ Tanzschule	–	X	X
Schulen in privater Trägerschaft	X	X	–
Gesundheitsfunktion			
Ärzte verschiedener Fachrichtungen	X	X	X
Gesundheitszentrum/ Ärztehaus	X	X	–
Reha-Klinik	X	–	–
Ambulanter Gesundheitsdienst	X	X	X
Soziale Versorgungsfunktion			
Jugendfreizeiteinrichtung	X	X	X
Seniorenclub	X	X	X
Seniorenheim	X	X	X
Pflegeeinrichtung/ betreutes Wohnen	X	X	X
Beratungs- und Informationseinrichtungen	X	X	X
überregionale Verkehrsknotenfunktion			
Anschluss an das Bundesfernstraßennetz	X	X	X
Systemzugang zum Bahnsystem	X	–	–
Verteilknoten im ÖV	X	–	–

Quelle: Eigene Recherchen auf Grundlage complan 2001, S. 111 und Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg 2006, S. 12

Die Übersicht zeigt, dass alle Funktionsbestimmungen in Teltow und/oder Kleinmachnow und/oder Stahnsdorf vorgefunden werden können. Jede der drei Kommunen verfügt also über eine Teilfunktion innerhalb der von der Gemeinsamen Landesplanung gesetzten zehn Funktionsgruppen. Und: Verfügt eine der Gemeinden nicht über eine bestimmte Teilfunktion, wird diese regelmäßig in einer der anderen beiden Kommunen vorgehalten. Die Übersicht weist also ein hoch differenziertes und zugleich sich gegenseitig ergänzendes regionales Funktionsprofil aus.

Die bereits tatsächlich praktizierte Aufgabenteilung lässt die drei Kommunen faktisch ein Mittelzentrum in Funktionsteilung sein. Nach Definition der Gemeinsamen Landesplanung sollen künftig folgende Kriterien für ein Mittelzentrum in Funktionsteilung gelten³⁶:

- ein sich ergänzendes Funktionsprofil dieser kooperierender Gemeinden mit nicht konkurrierenden, komplementären mittelzentralen Einrichtungen,
- eine angemessene räumliche Lage zueinander und im Versorgungsbereich,
- eine funktionstüchtige verkehrliche Verbindung untereinander und eine Einbindung in den Versorgungsbereich.

Werden diese Kriterien zur Grundlage der Ausweisung als Mittelzentrum in Funktionsteilung verbindlich, sollte die Region als solches ausgewiesen werden. Die drei Kommunen verfügen über ein komplementäres Funktionsprofil, sind räumlich eng miteinander verflochten und verkehrlich miteinander und den benachbarten ÖPNV/SPNV-Verknüpfungspunkten verbunden.

Für diese Standorte mit Funktionsteilung nennt das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) neben der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf auch die Regionen Wildau/ Königs-Wusterhausen und Schwedt/ Angermünde als Beispiele. Die hier vorhandenen regionalen Kooperationen und funktionalen Arbeitsteilungen sollten nach Auffassung des IRS bei einer Neukonzeption des Zentrale-Orte-Systems unterstützt werden.³⁷ Diese Position korrespondiert mit dem von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havel-land-Fläming schon 1998 formulierten Ansatz, der sich hier auf die damaligen Grundzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums, Falkensee und Teltow, bezieht: „Für Falkensee und Teltow sollen die Optionen für eine Entwicklung eines vollwertigen Mittelzentrum offen gehalten werden. (...) Die sich abzeichnende Funktionsergänzung Falkensees bzw. Teltows

³⁶ vgl. Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg 2006, S. 13.

³⁷ vgl. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung 2005, S. 7. Zu Mittelzentren in Funktionsteilung am Beispiel der Region Stuttgart vgl. Brombach, Karoline/ Jessen, Johanna (2005), S. 479.

mit Brieselang bzw. Kleinmachnow und Stahnsdorf soll zur Sicherung höherwertiger, mittelzentraler Funktionen in gegenseitiger Ergänzung auch planerisch gemeinsam weitergeführt werden³⁸.

Nach den Überlegungen der Gemeinsamen Landesplanung ist für ein Mittelzentrum ein Mittelbereich erforderlich.³⁹ Der Mittelbereich ist demnach der Verflechtungsbereich eines Zentralen Ortes. Künftig soll Teltow als Mittelzentrum den Mittelbereich, welcher exakt die Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf umfasst, mitversorgen. Die Definition von Mittelbereichen als bloße Zusammenfügung von Kommunen kann nicht befriedigen. Der Entwurf weist Mittelbereiche aus, deren Mittelzentrum von manchen Kommunen weiter entfernt ist als das Mittelzentrum des benachbarten Mittelbereiches. Auch die gewachsenen Wege für Pendler und Einkauf sind so nicht abgebildet. Das ist insbesondere für den Berlin nahen Raum von Belang. So orientiert eine Kommune wie Blankenfelde-Mahlow eher auf Berlin als auf das zugeordnete Mittelzentrum Ludwigsfelde; entsprechende Beispiele ließen sich fortsetzen. Wenn der definierte Mittelbereich also den Einzugsbereich eines Mittelzentrums festlegen soll, dann funktioniert diese Absicht in der Praxis nicht. Im Ergebnis wäre es weder fach- noch sachgerecht, die unterschiedlichen Raumtypen des Landes in ein einheitliches, die spezifischen Bedingungen unberücksichtigt lassendes Konzept zu bringen.

Auf Basis des Symmetriegutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die Landesregierung die Reform des Finanzausgleichgesetzes (FAG) beschlossen.⁴⁰ Im Symmetriegutachten werden Empfehlungen bezüglich des Zentrale-Orte Ansatzes und der Hauptansatzstaffel für die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen genannt.⁴¹ Aufbauend auf diese Empfehlungen wurde die Änderung des FAG beschlossen, welche zum 1. Januar 2007 in Kraft treten soll. Die derzeit geplante Reform des FAG sieht Änderungen sowohl bei dem Konzept des Zentrale-Orte Ansatzes als auch bei der Hauptansatzstaffel vor. Bei dem Verteilungsinstrument der Hauptansatzstaffel erfolgen Zuwendungen anhand der gewichteten Einwohnerzahl der Orte („Einwohnerveredelung“).

Bei der Änderung des Zentrale-Orte Ansatzes sind Zuwendungen erst ab der Ebene der Mittelzentren vorgesehen. Für Orte mit mittelzentralen Funktionen sowie den Kreisstädten wird ein Mehrbelastungsausgleich in Höhe von 800.000 EUR jährlich eingeführt. Unterhalb der Ebene der Mittelzentren sind keine Zuwendungen mehr vorgesehen.

³⁸ Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (1998), S. 26f, 169.

³⁹ vgl. Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg 2006, S. 7.

⁴⁰ vgl. Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg 2006.

⁴¹ vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2006, S. 103 ff.

Abbildung 11: Hauptansatzstaffel, bisher und ab 2007

bisher		ab 2007	
Einwohnerzahl	Ansatz	Einwohnerzahl	Ansatz
bis 2.500	100 v. H.	bis 2.500	100 v. H.
mit 7.500	103 v. H.	mit 7.500	<u>105 v. H.</u>
mit 15.000	108 v. H.	mit 15.000	<u>112 v. H.</u>
mit 35.000	118 v. H.	mit 35.000	<u>120 v. H.</u>
mit 45.000	123 v. H.	mit 45.000	<u>125 v. H.</u>
mit 55.000	128 v. H.	mit 55.000	<u>130 v. H.</u>
kreisfreie Städte	140 v. H.	kreisfreie Städte	<u>145 v. H.</u>

Quelle: Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Im Symmetriegutachten des DIW wird auch auf die Reformbedürftigkeit des Zentrale-Orte-Systems für den Berlin nahen Raum hingewiesen. Eine stärkere Berücksichtigung des Infrastrukturangebotes von Berlin sowie der Sogwirkung von Berlin wird empfohlen.⁴² Fraglich ist, ob die Kommunen im Berlin nahen Raum die Merkmale von Mittelzentren aufweisen. Gerade in den suburbanen Siedlungsbereichen stellt sich grundsätzlich die Frage nach der örtlichen Zentralität. Dennoch bedarf es der finanziellen Unterstützung dieser Kommunen seitens des Landes, zumal diesen – häufig in Arbeitsteilung mit Nachbarkommunen – deutlich über die Grundversorgung hinausreichende Aufgaben bei Bildung und Kultur sowie sozialer und verkehrlicher Infrastruktur zufallen.

Als neue Kategorie zur Ergänzung des Zentrale-Orte-Systems käme der Typ „Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkt“ in Betracht. Diese Kategorie ist durch ein rasches Wachstum von Wohn- und Gewerbesiedlungen mit starkem Bevölkerungszuwachs gekennzeichnet. Durch einen solchen Ansatz – wie im Umland bspw. von München⁴³ oder Rostock⁴⁴ durch die Definition von Siedlungsachsen und Siedlungsschwerpunkten – würde den strukturellen Merkmalen des Berlin nahen Raums im Verhältnis zu Berlin und zu anderen Räumen des Landes Brandenburg eher Rechnung getragen. Im Übrigen gilt: Es entspricht Auftrag und Anspruch der Gemeinsamen Landesplanung, ihre planerischen Festlegungen, wie die Anzahl und Staffelung der Zentralitätsebenen, die Einführung über Kategorie Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkt oder die Einrichtung von Landstädten als untere zentrale Ebene, auf der Basis der in der Praxis sowie in Raumforschung und Strukturpolitik gewonnenen Erkenntnisse zu treffen. Eine Präjudizierung des neuen Zentrale-Orte-Systems durch die Novelle des Finanzausgleichgesetzes wäre weder sach- noch fachgerecht.

⁴² vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2006, S. 84.

⁴³ vgl. Regionaler Planungsverband München (2000): Regionalplan München.

⁴⁴ vgl. Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg/ Rostock (2002): Regionales Raumordnungsprogramm. Der Ordnungsraum Rostock.

4. Zur Bedeutung der Interkommunalen Kooperation

„Kooperation ist ein Thema, das seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Zyklen diskutiert, bearbeitet und umgesetzt wird. Doch obwohl Einvernehmen über Sinn und Nutzen von Kooperationen zu bestehen scheint, scheitern sie in der Praxis immer wieder an Egoismen von Akteuren, politischen Rahmenbedingungen oder unlösbar scheinenden Aushandlungsprozessen. Diese Schwierigkeiten sind dann ein Ansatzpunkt für Wissenschaftler, die sich damit beschäftigen, warum diese allgemein als nützlich und sinnvoll erachteten und von lokalen und regionalen Akteuren immer wieder geforderten Kooperationen so oft nicht funktionieren, wo die Probleme liegen und welche Lösungsansätze denkbar treffender sind.“⁴⁵

Mit diesen treffenden Worten leitet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin eine vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Auftrag gegebene und im Januar 2005 vorgestellte Studie über die „Formen der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der kommunalen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik“ ein. Im Folgenden sollen die Handlungsfelder der Interkommunalen Kooperation, die Formen der Interkommunalen Kooperation in der Region sowie Beispiele der Zusammenarbeit vorgestellt werden.

4.1. Formen und Beispiele Interkommunaler Kooperation

Die Interkommunale Kooperation auf der Basis gleichberechtigter, selbstständiger Kommunen hat in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewonnen. Einerseits gibt es eine Reihe von Beispielen in der Praxis, andererseits wird das Themenfeld mittlerweile systematisch beforscht.⁴⁶

Grundsätzlich gilt: Für die erfolgreiche Gestaltung von Kooperationen bedarf es einer klaren Definition der Ziele und Inhalte der Zusammenarbeit. Das bedeutet, zunächst sollte festgelegt werden, was konkret Gegenstand der Kooperation sein soll. Daran schließt sich die Frage an, welche Organisationsform zur Bewältigung der Aufgabe geeignet ist.

Zu den Handlungsfeldern Interkommunaler Kooperation stellt das Difu fest⁴⁷: „Es gibt eingeführte Aufgaben in der interkommunalen Kooperation, so z.B. die Bereiche Wirtschaftsförderung, Abfall- und Abwasserbeseitigung oder ÖPNV. (...) Insgesamt zielen interkommunale Kooperationsprojekte darauf, die Funktionsfähigkeit eines Raumes durch die gemeinsame

⁴⁵ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S.5.

⁴⁶ vgl. auch Deutscher Städtetag 2003, Deutscher Städte- und Gemeindebund 2004.

⁴⁷ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 6.

Lösung von Problemen bzw. die gemeinsame Erledigung bestimmter (freiwilliger oder pflichtiger) Aufgaben zu erhöhen.

- Im Bereich Wirtschaft finden sich Kooperationen vor allem in den Handlungsfeldern Wirtschaftsförderung, Standortplanung, Flächenbereitstellung, Tourismus, Aus-/ Weiterbildung oder Errichtung/ Betrieb von Infrastruktureinrichtungen.
- Im Bereich Soziales arbeiten Kommunen, z.B. im Gesundheits- und Schulwesen, in der Kulturförderung sowie der Sozial- und Jugendhilfe zusammen.
- Kooperationsthemen aus dem Bereich Ökologie sind, z.B. die Siedlungsentwicklung, Freiraumschutz und -planung, Verkehr und Umweltschutz.
- Öffentlichkeitsarbeit, Außendarstellung sowie Regional- und Standortmarketing sind Themen, die von vielen als „Einstieg“ in interkommunale Kooperation gewählt werden.
- In jüngster Zeit werden zunehmend Kooperationen im Feld der Verwaltungsdienstleistungen initiiert.“

Bei den Organisationsformen der Kooperation vermag das Difu keine einheitlichen Trends oder dominierende Formen der Zusammenarbeit auszumachen. Allenfalls sei zu unterscheiden zwischen „harten“, also formellen Kooperationen, und „weichen“, also nicht-formellen Ansätzen. Zum anderen wird differenziert zwischen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationsstrukturen.

Abbildung 12: Formen der Interkommunalen Kooperation

Privatrechtlich	Öffentlich-rechtlich		Neue Formen der Zusammenarbeit
	Aufgabenspezifisch	Territorial	
GmbH	Zweckverband	Nachbarschaftsverbände	Netzwerke, Foren, Regionalkonferenzen, Runder Tisch
z.B. Emscher-Lippe-Agentur (ELA); Wirtschaftsförderungsgesellschaft Landkreis Stade GmbH	z.B.: Zweckverband „Abfallwirtschaft Region Hannover“; Gewerbe- und Industriegebiet Heiligengrabe-Liebenthal	z.B. Nachbarschaftsverband Heidelberg Mannheim; Nachbarschaftsverband Karlsruhe	z.B.: Wirtschaftsförderungsagenturen; REK U.T.E.; Gewerbeflächenpool Neckar Alb
AG	(Zweck-)Vereinbarung	Regionalverbände; Planungsverbände	Städtenetze, Städteverbände
im Rahmen zahlreicher Kooperationsprozesse	z.B.: Industriepark Halle-Queis; Regionales Entwicklungskonzept „Städtedreieck am Saalebogen“	z.B.: Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (PVFRM); Stadtverband Saarbrücken	z.B. Netzstadt Bitterfeld-Wolfen; Städtetz EXPO-Region
e.V.	Kommunale Zweck-/Arbeitsgemeinschaft	Mehrzweck-Pflichtverbände, Umlandverbände	PPP
z.B.: Kommunalverbund Niedersachsen/ Bremen e.V.; Flensburg Regional Marketing	z.B.: Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda; Kommunale Arbeitsgemeinschaft REIN	z.B. Regionalverband Mittlerer Neckar (1994 in die Region Stuttgart überführt)	z.B. bei Infrastrukturprojekten (Public Private Partnership-Initiative NRW); Entsorgungsbereich, Schulwesen, Gesundheitswesen
GbR		Einrichtung von Gebietskörperschaften	
z.B.: TechnologieRegion Karlsruhe (TRK)		z.B.: Stadtverband Saarbrücken; Region Hannover; Verband Region Stuttgart	

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2005., S. 33

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass von den befragten kooperierenden Kommunen die privatrechtliche Institution – also die Form der GmbH, des Vereins etc. - am häufigsten genannt wird, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nur an zweiter Stelle.

4.2. Der Stand der Interkommunalen Kooperation in der Region

Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ (KAT) ist seit ihrer Gründung im Jahre 1999 die Plattform der regionalen Zusammenarbeit. Organ der nach § 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg eingerichteten KAT ist die Mitgliederversammlung. Der gehören die Bürgermeister, die Vorsitzenden der Vertretungen und weitere, nach einem Einwohnerschlüssel zu entsendende Mitglieder der drei Mitgliedsgemeinden an.

Mit dem Vertrag über die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit der Stadt Teltow, der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Stahnsdorf sowie über die Bildung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“⁴⁸ sollte die „Funktionsfähigkeit und Attraktivität des Gebietes gesteigert“ werden. Der Gegenstand der Zusammenarbeit wird wie folgt definiert:

1. Die vertragsschließenden Gemeinden verpflichten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in allen Belangen, die für eine zukunftsorientierte Entwicklung der beteiligten Gemeinden von Bedeutung sind. Die Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere auf
 - a) die räumliche Entwicklungsplanung,
 - b) den gemeindeübergreifende Verkehr,
 - c) die sozialen, gesundheitlichen, kulturellen, schulischen und sportlichen Einrichtungen
 - d) die Verwaltungstätigkeit.

2. Mit der Zusammenarbeit werden insbesondere folgende Ziele angestrebt:
 - a) Attraktivitätssteigerung des Gebietes der Mitgliedsgemeinden,
 - b) Verbesserung der kommunalen Angebote für die Bürger,
 - c) Kooperation in allen gemeindeübergreifenden Fragen,
 - d) Steigerung der Verwaltungseffizienz,
 - e) Optimale Nutzung der natürlichen, infrastrukturellen, personellen und finanziellen Ressourcen,
 - f) Förderung des Zusammenhaltes und Bildung einer regionalen Identität,
 - g) Schaffung der Voraussetzung zur Bildung eines Mittelzentrums.

Die KAT fasst allerdings keine ihre Mitgliedsgemeinden bindende Beschlüsse. Die Zuständigkeiten der Organe der einzelnen Mitgliedsgemeinden bleiben unberührt. Deshalb gerät die Beschreibung der Aufgaben der KAT auch recht allgemein:

⁴⁸ vgl. Vertrag über die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit der Stadt Teltow, der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Stahnsdorf sowie über die Bildung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ in der Fassung vom 17. Februar 2003.

„Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft berät Angelegenheiten, die ihre Mitglieder gemeinsam berühren; sie stimmt Planungen der einzelnen Mitglieder für diese Angelegenheiten und die Tätigkeit von Einrichtungen ihrer Mitglieder aufeinander ab; sie leitet Gemeinschaftslösungen ein, um eine möglichst wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung der Aufgaben in einem größeren nachbarlichen Gebiet sicherzustellen. Weiterhin betreibt sie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und fördert gemeinsame Aktionen“.

Die derzeitige Außendarstellung der KAT in den Kommunen ist eher verhalten. Werden die jeweiligen Homepages der drei Kommunen betrachtet, finden sich auf der Startseite für Teltow⁴⁹ keine, für Kleinmachnow⁵⁰ 2 und für Stahnsdorf⁵¹ 3 Anhaltspunkte für eine mögliche Zusammengehörigkeit der drei Kommunen (Stand Oktober 2006). Die Anhaltspunkte sind in erster Linie Links zu den Homepages der Nachbargemeinden, Informationen zum Freizeit- und Kulturangebot der drei Kommunen sowie zum Internetportal „DerTeltow.de“. Nur bei Stahnsdorf lässt sich ein Hinweis auf die KAT entdecken. Auffällig ist, dass sich nur wenige Hinweise auf die o.g. Aufgabenteilung der drei Kommunen finden. Dieses ist insofern bemerkenswert, als dass sich die Region erstens um eine Ausweisung als Mittelzentrum in Funktionsteilung bemüht und zweitens von den Kommunen die regionale Aufgabenteilung wiederholt in der Öffentlichkeit als Argument für eine Ausweisung als Regionaler Wachstumskern vorgetragen wurde.

Beispiele der Interkommunalen Kooperation lassen sich finden, stellen allerdings eher den Beginn als das Ziel der Zusammenarbeit dar. So besteht seit vielen Jahren eine Vereinbarung über den regionalen Brandschutz, die einen Lastenausgleich zugunsten der Freiwilligen Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften in Teltow festlegt.

Mit großer Aufmerksamkeit wird die Zukunft des Freibads Kiebitzberge verfolgt. Das Freibad war in den Jahren 1974 bis 1976 vom damaligen, die drei Kommunen umfassenden Gemeindeverband und mit Unterstützung der ansässigen Großbetriebe errichtet worden. Der von den drei Kommunen seit 2004 angestrebte Vertrag über eine gemeinsame Betreibergesellschaft sowie die anteilige Zuordnung der Betriebskosten konnte noch nicht abgeschlossen werden. Ein positives Ergebnis würde den gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit gleichsam symbolisch erkennbar machen.

Das Projekt Teltowkanalauie ist das jüngste Beispiel für die –nicht immer mühelose – Suche nach der praktischen Umsetzung der regionalen Zusammenarbeit. Das Ziel der Aufwertung

⁴⁹ www.teltow.de.

⁵⁰ www.kleinmachnow.de.

⁵¹ www.stahnsdorf.de.

des Teltowkanals durch Grünflächensicherung, beidseitige Erschließung und touristische Verknüpfung mit den Landmarken der Region wird von einem breiten Spektrum von Umweltgruppen über Unternehmen bis Einzelunterstützern aus Politik und Gesellschaft aus allen Kommunen getragen. Nach wiederholtem Anlauf konnte sich auch die KAT dazu entschließen, das Projekt durch die Vergabe eines Planungsauftrages zu befördern.

Bemerkenswert ist, dass sowohl die Initiative zum Freibad Kiebitzberge als auch zum Projekt Teltowkanalaue aus der regionalen Bevölkerung heraus entstanden ist. Dies lässt den Schluss zu, dass hier durchaus ein regionales Selbstverständnis beheimatet ist. Die genannten Beispiele zeigen zudem Möglichkeiten auf, nicht nur Sinnvolles zu tun, sondern auch Sympathie und Unterstützung für das interkommunale Tun zu gewinnen.

4.3. Anforderungen an eine künftige Entwicklung

Interkommunale Kooperation ist eine wesentliche Voraussetzung für die künftige Entwicklung der Region. Die bereits praktizierte Aufgabenteilung kann allerdings nur als erster Schritt und als Grundlage gesehen werden. Eine professionelle Zusammenarbeit setzt die Überwindung möglicher Ressentiments, den Verzicht auf die eigene Vorteilsnahme sowie die Vermeidung von nachbarschaftlichen Konkurrenzen voraus.

Häufig besteht Skepsis, ob das tatsächlich gelingen kann. Allerdings lassen sich vielfältige erfolgreiche Beispiele finden. Einen guten und aktuellen Einblick konnte der in 2006 ausgelobte Wettbewerb „KommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen“ vermitteln. Die unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stehende und vom Deutschen Städtetag, Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie vom Deutschen Landkreistag unterstützte Veranstaltung konnte 167 Wettbewerbsbeiträge notieren.⁵²

Als erfolgreiches Beispiel für Interkommunale Kooperation gelten die Städte Ueckermünde, Torgelow und Eggesin (U.T.E.)⁵³. Anders als in der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf besteht keine städtebaulich zusammenhängende Siedlungsstruktur. Allerdings ist das bisher nicht erfolgreiche Bestreben, als gemeinsames Mittelzentrum ausgewiesen zu werden, beiden Regionen gemeinsam. Auf einer Fläche von 30.900 ha leben hier etwa 29.500 Einwohner. Alle drei Städte sind mit ökonomischen und sozialen Problemen konfrontiert, zu denen vor allem der deutliche Bevölkerungsrückgang, die niedrige Wertschöpfung und die

⁵² vgl. MORO-Wettbewerb „KommKOOP – Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperation“. Der Tagungsband der Abschlussveranstaltung am 04.10.2006 einschließlich der Präsentation der Wettbewerbsbeiträge erscheint voraussichtlich im November 2006.

⁵³ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 81 ff.

hohe Arbeitslosigkeit gehören. Im Rahmen des Wettbewerbs „Stadtumbau Ost“ haben sich die drei Städte zu einer Kooperation auf städtischer und regionaler Ebene zusammengeschlossen. Da sich die Probleme in allen drei Städten ähnlich darstellten, wurde ein regionales Entwicklungskonzept angedacht. Entscheidend war die Erkenntnis, dass ein Alleingang der jeweiligen Städte nicht die Lösung der Probleme in der Region U.T.E. ermöglicht. Nur in einer konkurrenzfreien Zusammenarbeit der drei Städte und einem Bekenntnis zu einer gemeinsamen regionalen Entwicklung wurde ein Ausweg gesehen. Da sich die Struktur der Städte jedoch unterschied, wurden zunächst integrierte Stadtentwicklungskonzepte erarbeitet. Die Arbeiten zu dem regionalen Entwicklungskonzept fanden parallel zu den Stadtentwicklungskonzepten statt. Diesen Städten ist es somit gelungen, neben einer funktionierenden Kooperation ein regionales Entwicklungskonzept zu etablieren. Handlungsfelder bzw. Kooperationsgegenstände sind die Wohnungswirtschaft, die Wirtschaftsentwicklung, die Verkehrsinfrastruktur und der Tourismus.

Das Beispiel Ueckermünde, Torgelow und Eggesin wird als erfolgreiche Kooperation gesehen, wobei zwei Sachverhalte besonders hervorgehoben werden. Zum einen ein gemeinsames Leitbild, welches Profilierungsoptionen für die jeweilige Stadt offen lässt. Zum anderen das integrierte Vorgehen, welches mehrere Handlungsfelder bzw. Kooperationsgegenstände umfasst. Das Difu stellt fest, dass sich durch dieses Beispiel wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Kooperationen identifizieren lassen.⁵⁴ Dazu gehört eine professionelle externe Moderation, welche von den Kommunen als weitgehend unabhängig wahrgenommen wird und dadurch die Zusammenarbeit sehr unterstützen kann. Auch die finanzielle Förderung durch das Land und durch den Wettbewerb „Stadtumbau Ost“ auf Bundesebene war der Zusammenarbeit sehr zuträglich. Die beteiligten Akteure nennen übereinstimmend folgende Erfolgsfaktoren:⁵⁵

- eine gemeinsame Gesprächsebene und Sichtweise, die in den Kommunen durch die ähnlich gelagerten Probleme von Beginn an vorhanden war;
- ein gemeinsamer Wille zur Vermarktung der Potenziale der Region;
- die Bereitschaft, Probleme gemeinsam anzupacken und ein regelmäßiger Austausch auf der Ebene der Amtsleiter und der Bürgermeister. Dabei spielen auch Personen und Konstellationen zwischen Personen eine wichtige Rolle;
- die finanzielle Förderung, die von den Akteuren vor Ort als große Unterstützung in der Vergangenheit und als grundlegend für die weitere Arbeit in der Zukunft gewertet wird.

⁵⁴ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 89.

⁵⁵ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 89.

Ein weiteres erfolgreiches Beispiel für Interkommunale Kooperation ist der Städtebund Silberberg in Sachsen. Der Städtebund ist eine Interkommunale Kooperation der Städte Aue, Lauter, Lößnitz, Schneeberg, Schwarzenberg sowie der Gemeinde Bad Schlema⁵⁶. Im Jahr 2003 lebten auf einer Fläche von 11.478 ha 76.658 Einwohner. Der Erfolg des Städtebundes kann anhand zweier Merkmale dargestellt werden. Zum einen ist dieses die Würdigung des Städtebundes als Good-Practice-Beispiel für regionale Kooperation als Schlüsselfaktor für den Stadtumbau in der Projektdatenbank der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost⁵⁷. Zum anderen ist es dem Städtebund gelungen, nach 1994 auch 2003 wieder als gemeinsames Mittelzentrum im überarbeiteten Landesentwicklungsplan Sachsen ausgewiesen zu werden.

Ein Beispiel für eine gelungene Außendarstellung einer Interkommunalen Kooperation ist der Internetauftritt des Städteverbundes Saalebogen.⁵⁸ Der Städteverbund besteht aus den Städten Bad Blankenburg, Rudolstadt und Saalfeld mit einer Einwohnerzahl von etwa 65.000. Die Zusammenarbeit findet seit 1997 statt. Basis ist wiederum ein regionales Entwicklungskonzept, dessen Erarbeitung 1995 begann und dessen Fortschreibung 2002 stattfand. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Themenfelder Wirtschaft und Arbeitsplätze, Verkehrsinfrastruktur, Flächenentwicklung und Tourismus.

Ein Beispiel für Interkommunale Kooperation in den Tätigkeitsfeldern Rettungsdienst, Krankenbeförderung, Brandschutz, technische Hilfeleistung und Einsatzlenkung im Katastrophenschutz ist die Integrierte Regionalleitstelle Elmshorn.⁵⁹ Die drei Kreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg verfügen seit dem Jahr 2002 über die bundesweit erste Einrichtung dieser Art. Gründe für die Einrichtung der zentralen Leitstelle waren:

- aktuell ausstehende Investitionsentscheidungen auf Grund überalterter Leitstellentechnik in den Kreisen Steinburg und Dithmarschen,
- ungenügende Anzahl an Einsatzlenkungsplätzen und Raumnot in allen Kreisen,
- Schaffung von Redundanzen und Rückfallebenen bei Ausfall von Leitstellentechnik,
- Herstellung von richtlinienkonformen und ergonomischen Arbeitsplatzbedingungen.

In einer Selbstevaluierung des Pilotprojektes wurde festgestellt, dass neben den überzeugenden wirtschaftlichen Aspekten vor allem deutliche Qualitätsverbesserungen für hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger erreicht wurden.

⁵⁶ vgl. Internetpräsenz des Städtebundes Silberberg, <http://www.staedtebund-silberberg.de/>.

⁵⁷ vgl. Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, S. 64

⁵⁸ vgl. Internetpräsenz des Städteverbund Saalebogen, <http://www.saalebogen.de/>.

⁵⁹ vgl. Internetpräsenz der Integrierte Regionalleitstelle Elmshorn, <http://www.irls-elmshorn.de/>.

Alle genannten Formen Interkommunaler Zusammenarbeit unterliegen ihren spezifischen Besonderheiten. Dennoch kann aus den o.g. Beispielen ein Schluss gezogen werden: Erst muss geklärt werden, was geregelt werden soll, und daraus ergibt sich das Wie. Also erst das Handlungsfeld definieren, dann die Organisationsform schaffen. Für das weitere Vorgehen in Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf können sich folgende Schritte anbieten:

- Definition des Inhaltes einer möglichen interkommunalen Kooperation, z. B.
 - Brandschutz, Rettungswesen, Gefahrenabwehr
 - Flächennutzungsplan, Schulbedarfsplanung und -entwicklung, Rechnungswesen
 - Bauhof, Freibad, Kommunale Wohnungswirtschaft
 - Kultur(veranstaltungs) -Koordination, Sport(stätten) -Koordination
 - Tourismus, Hotelleitsystem, Projekt Teltowkanalau
 - (Regionale) Lokale Agenda, Verkehrspolitik, Regio-Bus
 - Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung, Flächenmanagement
- Definition der Form der Zusammenarbeit: Reichen dazu privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Verträge, bedarf es eines bzw. welchen institutionellen Überbaus?
- Testphase für einen ausgewählten Gegenstand der Zusammenarbeit, einschließlich Monitoring und Evaluierung, um beispielhaft ein Themenfeld durchzuexerzieren.
 - dann: Übergang eines Themenfeldes aus der Verantwortung einer Kommune in die aller drei Kommunen (z.B.: Bauhof, Freibad, Kommunale Wohnungswirtschaft)
 - dann: Aufbau einer gemeinsamen Verantwortungsstruktur (z.B.: Schulbedarfsplanung und -entwicklung, Wirtschaftsförderung)
 - gleichzeitig: Aufwertung der Rolle der KAT im Rahmen des KAT-Vertrages. Damit bestünde u.a. die Möglichkeit, ein gemeinsames Regionalmarketing zu betreiben, Studien über zukünftige Formen der Zusammenarbeit in Auftrag zu geben und gemeinsame Projekte voranzutreiben.

Bei Umsetzung der Vorschläge sollte nach einer Phase von 3 bis 5 Jahren Bilanz gezogen werden. Deren Ergebnis wird darüber Auskunft geben, ob und inwieweit Grundlagen für welche Formen der dauerhaften kommunalen Zusammenarbeit gelegt worden sind.

Im Folgenden soll versucht werden, die Möglichkeiten der Interkommunalen Kooperation im Bereich des Standortmarketings, der Wirtschaftsförderung und des Flächenmanagements – auch anhand geeigneter Fallbeispiele – aufzuzeigen. Ausschlaggebend für deren Auswahl waren die unterschiedlichen Größen der beteiligten Gebietskörperschaften sowie die variierende Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

4.3.1. Gemeinsames Regionalmarketing

Grundsätzlich ist zwischen Regionalmarketing und Stadtmarketing zu unterscheiden. Regionalmarketing findet meist auf der Ebene größerer Gebietskörperschaften wie Bundesländer, Landkreisen oder kreisfreien Städten statt, während ein Stadtmarketing auch für kleinere Kommunen erfolgt. Die folgenden Fallbeispiele sollen zum einen die unterschiedlichen räumlichen Bezüge, zum anderen die möglichen Funktionen eines Regionalmarketings aufzeigen.

Beispiel für ein sehr großräumiges Regionalmarketing ist der Verein „Wirtschaftsraum Süd-Bayern. Greater Munich Area e.V.“.⁶⁰ Auf einer Fläche von ca. 21.500 Quadratkilometern leben rund 5 Millionen Menschen. Das Gebiet des Regionalmarketings umfasst die Planungsregionen München, Augsburg, Ingolstadt, Landshut und Südost-Oberbayern. Seine Schwerpunktaufgaben sieht der Verein in der Zusammenarbeit zur Förderung einer ausgewogenen Entwicklung des südbayerischen Wirtschaftsraums. Deutlich erkennbar ist der Bezug zur Wirtschaftsförderung. Die eingesetzten Instrumente des Regionalmarketings sind Messeauftritte, Unternehmensbörsen, Events, Internet und klassische Werbematerialien.

Der „Regionalverband Harz e.V.“ in Quedlinburg⁶¹ ist ein Beispiel für ein großräumiges, aber sich dennoch eher einer regionalen Identität verpflichtend fühlenden Regionalmarketings. Acht Harz-Landkreise haben sich zu dem Regionalverband zusammengeschlossen. Seine Schwerpunktaufgaben sieht der Verein in den Themen Naturpark, Geopark und Kultur. Hier steht nicht die Wirtschaftsförderung, sondern die Fokussierung auf Natur und Kultur im Vordergrund. Im Bereich Kultur findet eine Förderung von Projekten mit bis zu 10.000 € sowie die Verleihung des „Kulturpreises Harz“ statt. Der Bereich Naturpark widmet sich dem Naturpark Harz sowie dem Naturpark-Gedanken im Allgemeinen. Auch wird der „Naturpark-Preis“ für eine vorbildliche Entwicklung des Naturparks Harz und des Naturpark-Gedankens verliehen. Im Bereich Geopark stehen 16 Landmarken, für welche eigene Faltblätter entworfen werden, im Vordergrund. Neben diesen Faltblättern sind auch weitere Publikationen zur Region bei dem Verein bestellbar.

Der Verein „Regionalmarketing Heide und Umland“ e.V.⁶² betreibt ein, im Vergleich zu den vorangehenden Beispielen, kleinräumiges Regionalmarketing. Das Gebiet des Regionalmarketings umfasst die Stadt Heide mit rund 20.500 Einwohnern sowie einige Umlandgemeinden. Seine Schwerpunktaufgaben sieht der Verein in der Anregung der Kommunikation zwi-

⁶⁰ vgl. Internetpräsenz des Wirtschaftsraum Süd-Bayern. Greater Munich Area e.V., <http://www.suedbayern-online.de/>.

⁶¹ vgl. Internetpräsenz Regionalverband Harz e.V., <http://www.harzregion.de>.

⁶² vgl. Internetpräsenz Regionalmarketing Heide und Umland e.V., <http://www.heide-rundum.de/>.

schen Kommunen, Bürgerschaft, Wirtschaft und weiteren Interessengruppen und in der Motivation zu neuen Initiativen. Im Vordergrund steht hier vor allem der Austausch zwischen den Mitgliedern des Vereins.

Neben der Stadt Heide hat der Regionalmarketing-Verein folgende Mitglieder:

- Interessensgemeinschaft der Stadt Heide (ISH)
- Amt KLG Heide-Land
- Gemeinde Hemmingstedt
- Gemeinde Nordhastedt
- Fachhochschule Westküste
- Industrie- und Handelskammer
- DEHOGA, Ortsverband Heide
- Bürgerinnen und Bürger der Stadt Heide und ihrer Umlandgemeinden

Alle Bürger können in einer der acht Arbeitsgruppen zu speziellen Themen mitarbeiten. Der Ursprung des Regionalmarketingkonzepts liegt in dem Stadtmarketingkonzept für die Stadt Heide. Im Jahr 1999 fand die Weiterentwicklung zum Regionalmarketingkonzept statt. Der Erfolg des Vereins wird anhand der Auszeichnung „Sonderpreis Modellprojekt“ im Rahmen des Wettbewerbs Stadtmarketingpreis Schleswig-Holstein 2005, ausgerichtet durch die IHK Kiel, deutlich. Besonders gewürdigt wurden die interkommunale Zusammenarbeit und deren professionelle Umsetzung als wegweisendes Modell. Der Verein orientiert sich an folgenden Grundsätzen eines Regionalmarketings:

- Attraktivität der Region steigern
- regionales Standortprofil schärfen
- Image von Stadt und Umland pflegen
- Wettbewerbsvorteile herausstellen und sichern

Auch für Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf wäre es ebenso machbar wie sinnvoll, die regionalen Merkmale und Qualitäten kompakt zu konzentrieren. Eine vereinzelt und konkurrierende Darstellung der drei Kommunen bliebe dagegen kontraproduktiv.

4.3.2. Gemeinsame Wirtschaftsförderung

Standorte befinden sich heutzutage in einem Wettbewerb, welcher gerne durch die Schlagworte Europäisierung und Globalisierung charakterisiert wird. Dies gilt auch für die Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkte rund um Berlin, die – im brandenburgischen Maßstab – mit besonderer Lagegunst ausgestattet sind.⁶³

Die brandenburgische Landespolitik – ebenso wie Wirtschaftsförderung – gingen lange Zeit davon aus, dass sich die dynamischen „Speckwürfel“ an der Landesgrenze quasi von selbst, also ohne spezifische Flankierung und finanzielle Unterstützung des Landes, entwickeln würden. Eine vereinzelte Wirtschaftsförderung für eine zusammenwachsende Region wie Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf muss daher kritisch gesehen werden.

Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass sich die drei Kommunen bei der Werbung um ansiedlungswillige Unternehmen in Konkurrenz begeben. Dieses kann dem postulierten Ziel der Wahrung gemeinsamer regionaler Interessen nicht förderlich sein. Da die Region insgesamt als Standort zu sehen ist, sollte auch eine gemeinsame Wirtschaftsförderung stattfinden.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung kann einerseits in der Neuansiedlung und Begleitung von Unternehmen in einem Gebiet bestehen. Andererseits kann Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung auch die Unterstützung der ansässigen Unternehmen sein, einschließlich der gezielten Beratung und Förderung. In beiden Fällen können durch eine gemeinsame Wirtschaftsförderung Synergieeffekte entstehen. Die gemeinsame Wirtschaftsförderung mehrerer Kommunen ist eher zur Akquise größerer Unternehmen in der Lage, als es die vereinzelte Bemühung einer Kommune sein kann.

Das folgende Beispiel der „WSE Wirtschafts- und Strukturentwicklungsgesellschaft Landkreis Kronach mbH“ soll die Arbeitsweise eines regionalen Wirtschaftsförderers verdeutlichen. Im Landkreis Kronach leben rund 75.000 Einwohner. Der Landkreis ist sowohl hoch industrialisierter Wirtschaftsstandort, als auch naturnahe Ferien- und Freizeitregion. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Kronach wurde 1997 gegründet.⁶⁴ Für die Gemeinden des Landkreises nimmt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft folgende Schwerpunktaufgaben wahr:

⁶³ vgl. Matthiesen (2002).

⁶⁴ vgl. Internetpräsenz WSE Wirtschafts- und Strukturentwicklungsgesellschaft Landkreis Kronach mbH, <http://www.wse-kronach.de>.

- Wirtschaftsförderung
- Existenzgründung
- Regionalmanagement

Der Landkreis soll somit wirtschaftlich und strukturell im Wettbewerb gestärkt werden. Neben dem Betrieb eines Gründer- und Kompetenzzentrums werden folgende Dienstleistungen kostenlos angeboten:

- Beratung und Information zu Standort- und Ansiedlungsfragen
- Information über Wirtschafts- und Strukturfördermittel
- Unterstützung bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken
- Initiierung und Begleitung von Unternehmenskooperationen
- Informationsveranstaltungen zu wirtschaftsrelevanten Themen
- Kontaktvermittlung bei Behörden, Kammern, Banken und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen
- Existenzgründungsberatung
- Beschaffung von Standortdaten

Das Beispiel zeigt, dass auch auf regionaler Ebene die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsförderers durchaus Sinn macht. Die jetzt eingerichtete Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Tourismus und Regionalförderung des Landkreises Potsdam-Mittelmark kann ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Die in der Bestandsaufnahme und im Zusammenhang mit der Region als Branchenschwerpunktort dargestellte bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung der Region sollte nicht dazu verleiten, sich mit dem Erreichten zu begnügen. Für die zukünftige Entwicklung ist ein koordiniertes Vorgehen anstrebenswert. Eine gemeinsame Wirtschaftsförderung würde sich hierfür anbieten.

4.3.3. Gemeinsames Liegenschaftskataster und Flächenmanagement

Flächenmanagement kann Teil der Wirtschaftsförderung sein. Im besten Falle werden ansiedlungswilligen Unternehmen maßgeschneiderte erschlossene Flächen durch den Wirtschaftsförderer angeboten. Hierzu bedarf es eines strategischen und abgestimmten Verhaltens seitens der Kommunen oder einer Region. Notwendig dazu ist zum einen ein aktueller Überblick über Art und Güte der verfügbaren Flächen in der Region, also ein gemeinsames

Liegenschaftskataster. Zum anderen ist auch die Erschließung, Entwicklung und Vermarktung von Flächen erforderlich, also ein Flächenmanagement.

Die Region verfügt über eine Vielzahl erschlossener Gewerbeflächen. Von den Gebäude- und Freiflächen, die der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik in seiner letzten Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung zum 31. Dezember 2004⁶⁵ ausgewiesen hat, sind in Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf insgesamt 306 ha von Gewerbe und Industrie belegt bzw. verfügbar. Dabei handelt es sich teils um ehemalige Industriebrachen, welche reaktiviert wurden. Die privaten und kommunalen Gewerbegebiete in der Region sind:

Abbildung 13: Gewerbegebiete

Gewerbegebiet		Fläche in ha	Auslastung in ha	Rest in ha	Auslastung in %
Teltow					
	TTT Techno Terrain Teltow ^{1) 3)}	56,7	35,0	21,7	62
	TTT Ritterhufen ^{1) 3)}	2,8	1,9	0,9	68
	Stahnsdorfer Straße ¹⁾	3,0	2,5	0,5	83
	Biomalz ²⁾	2,7			
	Teltomat ²⁾	14,0			
Kleinmachnow					
	Europarc Dreilinden ⁴⁾	45,0			
	TIW, früher Fashionpark ²⁾	25,0			
Stahnsdorf					
	Techno-Park Hamburger Ring ¹⁾	28,0	9,0	19,0	32
	Techno-Park Quermathe ¹⁾	17,0	8,0	9,0	47
	Green Park ⁵⁾	28,0			
	Güterfelde Priesterweg ¹⁾	1,3	1,1	0,2	88
Quelle: 1) Elbe-Havel-Stadtplanverlag GmbH, Magdeburg: Städte- und Wirtschaftsführer Potsdam/ Potsdam-Mittelmark 2005/ 06, Flächenangaben Stand 2002. 2) Teltower Stadt-Blatt Verlag 2004 S. 28. 3) www.ttt-gewerbepark.de . 4) www.europarc-berlin.de 5) www.green-park.de .					

⁶⁵ Teltow 131 ha, Stahnsdorf 132 ha, Kleinmachnow 43; vgl. LDS Flächenerhebung (2005), S. 28f.

Die Flächenangaben entstammen verschiedenen Quellen und beziehen sich auf verschiedene Zeitpunkte, so dass die Übersicht nicht dem Anspruch auf Aktualität und Vollständigkeit genügen kann. Es war nicht möglich, einheitliche Daten zu der Größe sowie dem Auslastungsgrad der Gewerbegebiete zu erhalten. Anfragen an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, die ZukunftsAgentur Brandenburg, die IHK Potsdam, die Kreisverwaltung Potsdam-Mittelmark und die Kommunen führten zu dem Ergebnis, dass diese Daten nicht in einheitlicher Form vorgehalten werden bzw. die zur Verfügung gestellten Angaben nicht kompatibel sind. Auch daran kann der Bedarf für ein gemeinsames Liegenschaftskataster erkannt werden.

Es kann vermutet werden, dass es erhebliche Flächenreserven gibt. So stehen allein im Techno Terrain Teltow mit 22 ha Nettobauland noch ca. 1/3 der Gewerbefläche zur Verfügung.⁶⁶ Daraus folgt, dass eine weitere Entwicklung von Gewerbeflächen nicht erforderlich ist, sondern eine optimierte Vermarktung der bestehenden Flächenreserven. Flächensparende Siedlungsentwicklung ist ein Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie⁶⁷ der Bundesregierung. Die Flächeninanspruchnahme soll bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag reduziert werden. Nachhaltige Siedlungsentwicklung bedeutet daher flächensparende Siedlungsentwicklung.

Im Rahmen des Forschungsprogramms Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) wird anhand mehrerer Modellvorhaben die Umsetzung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung untersucht. So wurde am Beispiel der Region Stuttgart die Erkenntnis gewonnen, dass eine kontinuierlich aktualisierte Internetplattform zur Erfassung der Flächenpotenziale sinnvoll ist. Auch ein Kompetenzzentrum für die regionale Ebene als Beratungseinrichtung für alle Fragen zur Innenentwicklung wird empfohlen⁶⁸. Die Grundidee eines Gemeinsamen Liegenschaftskatasters und Flächenmanagements wurde hier also durch eine kontinuierlich aktualisierte Internetplattform und ein Kompetenzzentrum umgesetzt.

Gemeinsames Flächenmanagement ist in erster Linie die gemeinsame Erschließung, Entwicklung und Vermarktung von Flächen. Im Falle der Zusammenarbeit mehrerer Kommunen kann sich ein Konfliktpotential durch die Verfügungsgewalt über die Flächen aufbauen.

⁶⁶ vgl. Internetpräsenz Techno Terrain Teltow, www.ttt-gewerbepark.de.

⁶⁷ vgl. Bundeskanzleramt 2002. Die Bundesregierung hat im April 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie "Perspektiven für Deutschland" beschlossen. Nachhaltige Entwicklung, also die Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen, ist demnach zentrales Ziel. Die neue Bundesregierung hat im aktuellen Koalitionsvertrag vom November 2005 festgeschrieben, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln.

⁶⁸ vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006, S. 9.

Als interessanten Lösungsansatz dafür nennt das Deutsche Institut für Urbanistik den Gewerbeflächenpool Neckar-Alb⁶⁹. Auslöser für das gemeinsame Flächenmanagement war neben der steigenden Verkehrsbelastung durch Pendler und der topographischen Lage einiger beteiligter Gemeinden, vor allem der interkommunale Konkurrenzkampf. Die Kommunen befanden sich in einer Wettbewerbssituation um geringer werdende Flächen für Unternehmensansiedlungen. Dieses kostete sowohl Geld als auch Flächen und war daher eine Verschwendung wertvoller Ressourcen. Um diese, für die Region Neckar-Alb nachteilige Situation zu beenden, wurde der Gewerbeflächenpool initiiert. Hierzu werden von den Gemeinden Flächen in den Pool eingebracht, wodurch diese Flächen zu gemeinsamen Flächen werden. Der Anteil einer Gemeinde am Pool richtet sich nach der eingebrachten Fläche. Werden Flächen aus dem Pool verkauft, fließen die Erlöse zunächst in den Pool und werden nicht an die jeweilige Gemeinde ausgeschüttet. Die Ausschüttung der Erlöse erfolgt jährlich und richtet sich nach dem Anteil der jeweiligen Gemeinde im Pool. Der Vorteils-/Nachteilsausgleich besteht in der Bewertung der einzelnen Flächen durch unabhängige Gutachter und der Auszahlung von Überschüssen an die Gemeinden entsprechend der eingebrachten Flächen(werte). Hierbei müssen allerdings noch Erfahrungen aus der Praxis abgewartet werden.⁷⁰

Eine umfassende Präsentation von Flächen für Wohnen und Gewerbe bietet das Regionale Informations-Netzwerk der Region Havelland-Fläming⁷¹. Derzeit 10 Kommunen bieten hier ihre verfügbaren Grundstücke und Gebäude an; der kostenfreie Service befindet sich im Aufbau.

Die in der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf latent bestehende Gefahr einer interkommunalen Standortkonkurrenz könnte auch zu einer Ausweitung des Flächenangebotes führen. Dieses würde nicht im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung sein. Ganz wesentlich ist also die Überwindung der Konkurrenzsituation. Die KAT kann hier unterstützend wirken. Ein gemeinsames Liegenschaftskataster in Form einer Internetplattform und ein gemeinsames Flächenmanagement – auf der Basis eines gemeinsamen Gewerbeflächenpools – erscheint nützlich, um zu dem Ziel einer flächensparenden und nachhaltigen Siedlungsentwicklung beizutragen.

⁶⁹ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 90.

⁷⁰ vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2005, S. 101.

⁷¹ vgl. Internetpräsenz des Regionalen Informationsnetzwerkes REIN! Region in Potsdam, www.reinklick.de.

5. Ausblick

Diese Studie „Zur Zukunft der Region Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf“ soll zu Diskussion und Erkenntnisgewinn beitragen und gleichzeitig Ausblick geben auf die Chancen der Interkommunalen Kooperation in der Region. Einige Feststellungen lassen sich treffen:

1. Die Region ist ein Regionaler Wachstumskern. Die Erfüllung der Kriterien überdurchschnittliche wirtschaftliche und/oder wissenschaftliche Potentiale wird auch von der Landesregierung nicht bestritten, das Einwohnerkriterium (20.000) ist mittlerweile erfüllt. Im Zuge der Evaluierung der 15 ausgewiesenen RWK muss Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf berücksichtigt werden. Darauf hin zu arbeiten, ist die Aufgabe aller politisch Verantwortlichen der Region.
2. Die Region ist ein Mittelzentrum in Funktionsteilung. Entsprechend den planerischen Überlegungen der Gemeinsamen Landesplanung erfüllen die drei Kommunen komplementär die in der Funktionsbestimmung aufgelisteten gehobenen Raumfunktionen der Daseinsvorsorge. Selbst wenn also die von manchen Fachleuten angeregte Kategorie Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkt für den Berlin nahen Raum in unserer Region nicht zur Anwendung käme, würde das jetzige Maß an Zusammenarbeit zwischen den drei Kommunen ein Mittelzentrum in Funktionsteilung begründen.
3. Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“ muss aufgewertet werden. Die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen zwischen den drei Kommunen schaffen mehr Möglichkeiten, als bisher in Anspruch genommen wurden. So könnte neben punktuellen Kooperationen, z.B. ein gemeinsames Regionalmarketing gefördert werden. Auch steht dem Vertrag nicht entgegen, projektbezogene Arbeitsgruppen aus den Mitgliedern der KAT einzurichten die zur Erreichung ihres Arbeitsauftrages ggf. externen Sachverstand in Anspruch nehmen können.

Die Zukunft der Region wird nicht allein abhängen von Statusfragen und Förderanspruch. Aber mit förderfähigem Status wird die Zukunft besser zu gestalten sein. Allerdings ist das bisherige Maß an Zusammenarbeit nicht zielführend. Die regionale Entwicklung ist, ungeachtet der Lagegunst zwischen Steglitz-Zehlendorf und Potsdam, kein Selbstläufer. Andere rund um Berlin sind auch gut; manchmal sogar besser.

Die über 52 000 Bürgerinnen und Bürger in der Region sind nach ihrem Selbstverständnis gefragt: Sind wir eine Mischung aus Vorort-Schlafstadt, Metropolen-Hinterland und Rest-Industriestandort? Oder verstehen wir uns als Region, die sich nach städtebaulicher Überformung und Massenzuzug neu (er-)finden will, und zwar mit hohem Gestaltungsanspruch? Da braucht es eine regionale „Zivilgesellschaft“, die regional denkt und fühlt, die sich einbringt und die Region weiter entwickeln will.

Die Fusion von Berlin und Brandenburg steht nach wie vor auf der Agenda. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar jüngst die Entschuldung Berlins verworfen, aber (erneut) die Neugliederung der Bundesländer angemahnt, orientiert an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Ob Bildung, Verkehr, Wirtschaft: die anachronistische Zweiteilung kostet Qualität, Ressourcen und Geld. In einem Land Berlin-Brandenburg, am Rande der Metropole und direkt neben der Landeshauptstadt, wird Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf seinen Platz finden müssen. Manche sind der Auffassung, dass auch die drei Kommunen fusionieren sollten. Allerdings wird dabei häufig übersehen, dass hier – vielleicht stärker als auf Landesebene – tiefsitzende lokale Befindlichkeiten berührt werden. Und gerade in einer Region, in der gut ein Drittel der Bevölkerung sich neu einzurichten hat, wären subjektiv unüberschaubare Verwaltungseinheiten eher kontraproduktiv. Zusammenschlüsse brauchen Zeit und müssen die Menschen mitnehmen. Wer also die kommunale Eigenständigkeit bewahren will, muss die Interkommunale Kooperation mit Leben erfüllen.

Teltow/ Kleinmachnow/ Stahnsdorf sollten ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Geeignete Beispiele der Interkommunalen Kooperation gibt es zu Genüge, und zudem öffentlichkeitswirksame wie das Freibad Kiebitzberge und das Projekt Teltowkanal-aue. Es geht nicht zuletzt darum, nach Innen wie nach Außen, gegenüber (und mit) der eigenen Bürgerschaft wie der Landesebene, zu zeigen, dass man nicht nur will, sondern auch kann.

Jens Klocksinn

Struktur- und Wirtschaftsdaten: Teltow

Ortsbeschaffenheit		Kreis		Planungsregion		Gemeindegebietsveränderungen									
Stadt		Potsdam-Mittelmark		Havelland-Fläming		Ruhlsdorf		Eingliederung 05./06.12.1993							
1 Ortsteil															
Zentralität				Gebietsstand											
Grundzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums				2006											
Demographie		1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
Bevölkerung insgesamt		15.720	15.584	15.567	15.488	16.021	16.593	17.343	17.938	18.445	18.841	19.188	19.541	19.972	
Index der Bevölkerungsentwicklung (1990=100)		100,0%	99,1%	99,0%	98,5%	101,9%	105,6%	110,3%	114,1%	117,3%	119,9%	122,1%	124,3%	127,0%	
Altersstruktur - unter 15 Jahren		18,2	17,3	16,1	14,9	14,4	13,9	13,9	14,0	13,5	13,4	13,1	13,1	13,1	
- 15 bis unter 65 Jahren		71,1	72,2	72,9	73,0	73,4	73,6	73,3	72,5	71,9	71,1	70,6	69,7	68,9	
- 65 Jahre und älter		10,7	10,5	10,9	12,0	12,2	12,5	12,8	13,7	14,6	15,5	16,2	17,2	18,0	
Wanderungssaldo		je 1000 Ew.	-0,7	9,9	-1,2	35,2	39,2	45,5	36,6	30,1	22,98	22,62	19,86	25,04	
Natürlicher Saldo		je 1000 Ew.	-4,5	-4,1	-4,5	-1,5	-4,2	-1,3	-2,8	-2,3	-1,96	-4,53	-1,79	-3,50	
Arbeitslosenrate		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005				
Arbeitslose insgesamt		Juni	765	893	951	1026	922	952	1014	1112	1019	982			
Entwicklung zum Vorjahr		%	11,5	16,7	6,5	7,9	-10,1	3,3	6,5	9,7	-8,4	-3,6			
Anteil der weiblichen Arbeitslosen		%	54,6	54,2	48,3	47,6	47,0	43,0	43,2	41,9	43,0	44,6			
Arbeitslosenrate			8,1	9,2	9,6	10,0	8,9	9,1	9,6	10,4	9,4	8,9			
Sozialversicherungspf. Beschäftigte am Wohnort nach Wirtschaftsabschnitten								Sozialversicherungspf. Beschäftigte am Arbeitsort							
		2002		2003		2004		2005							
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut							
insgesamt		6964		6883		6925		6941		2002		10.339			
Land und Forstwirtschaft, Fischerei		96	1,4	101	1,5	88				2003		10.137			
Produzierendes Gewerbe		1617	23,2	1545	22,4	1540	22,2			2004		9.986			
Handel, Gastgewerbe und Verkehr		1719	24,7	1704	24,8	1683	24,3			2005		9.594			
Sonstige Dienstleistungen		3531	50,7	3533	51,3	3610	52,1								
Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						Arbeitsplatzzentralität									
		Einpendler mit Wohnort		Auspendler mit Arbeitsort											
		Nichtpendler	innerhalb des Kreises	außerhalb des Kreises	innerhalb des Kreises	außerhalb des Kreises									
2002		1609	1782	4610	890	1425									
2003		1522	1803	4507	835	1464									
2004		1461	1628	4482	795	1553									

Flächennutzung, Siedlungsstruktur		1992	1996	2000	2004									1992	1996	2000	2004
Gesamtfläche	ha			2154	2154	ausgewählte Flächennutzungsanteile in %											
Bevölkerungsdichte	Ew. je qkm	724	719	833	907	Landwirtschaftsfläche								54,9	53,6	49,7	48,2
Siedlungsdichte	Ew. je qkm Siedlung und Verkehrsfläche	2329	2191	2276	2383	Siedlungs-u. Verkehrsfläche								31,1	32,8	36,6	38,1
Wohnen		1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005			
Wohnungsbestand	WE	6677	6677	6575	6967	7487	7853	8206	8480	8559	8895	8976	9146	9275			
Index der Wohnungsentwicklung	(1990=100)	100,0%	100,0%	98,5%	104,3%	112,1%	117,6%	122,9%	127,0%	128,2%	133,2%	134,4%	137,0%	138,9%			
Wohnfläche	qm je Ew.	27,1	27,3	28,4	30,6	32,2	33,1	33,8	34,3	33,8	35,1	35,0	35,4	35,5			
Wohnungsgröße	qm je WE	63,8	63,8	67,3	68,0	69,0	69,9	71,5	72,6	72,9	74,4	74,8	75,7	76,4			
Wohnungsversorgung	WE je 1000 EW.	425	428	422	450	467	473	473	473	464	472	468	468	464			
Wohnungsanteil in 1-/2 Familienhäusern	%			34,2	34,0	33,1	32,9	34,0	35,5	35,9	37,2	37,8	38,7	39,6			
Finanzen, Steuern		1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005				
Steuereinnahmekraft	EUR je Ew.	123	237	256	314	324	364	348	347	323	345	414	444				
Realsteueraufbringungskraft	EUR je Ew.	35	122	159	196	178	252	224	229	206	235	302	336				
Ist-Aufkommen Gewerbesteuer	EUR je Ew.	12	83	115	114	137	166	163	143	111	137	183	220				
Gemeindeanteil an Einkommenssteuer	EUR je Ew.	88	125	111	118	119	107	114	110	107	111	109	105				
Hebesätze 2005		Kaufkraft 2006						Haushalte 2005									
Grundsteuer A	200 v. H.	Kaufkraft in Millionen Euro				332,61	durchschnittliche Haushaltsgröße				2,07						
Grundsteuer B	400 v. H.	Kaufkraft je Einwohner in Euro				17.021,27											
Gewerbesteuer	320 v. H.	Kaufkraft in Promille				0,23											
		Kaufkraft je Einwohner (Index)				96,54											
Pkw-Bestand		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005						
Bestand (zum 01.07., ab 2005 zum 01.01)		7.638	7.791	8.168	8.547	9.213	9.624	9.921	10.175	10.446	10.724						
Entwicklung zum Vorjahr	%	0,2	2,0	4,8	4,6	7,8	4,5	3,1	2,6	2,7	2,7						
Pkw-Dichte	je 1000 Ew.	493	486	492	493	514	522	527	530	535	537						
Quellen:																	
LDS BB, außer:																	
Arbeitslosenrate (BfA, LUA)																	
Kaufkraft (GfK)																	
Haushalte (GfK)																	
Pkw-Bestand (Kraftfahrzeugbundesamt)																	

Struktur- und Wirtschaftsdaten: Kleinmachnow

Ortsbeschaffenheit	Kreis		Planungsregion		Gemeindegebietsveränderungen									
Gemeinde	Potsdam-Mittelmark		Havelland-Fläming		Keine Gemeindegebietsveränderung									
Zentralität					Gebietsstand									
Nein					2006									
Demographie	1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
Bevölkerung insgesamt	11.565	11.233	11.083	11.577	12.715	13.795	14.826	15.796	16.507	17.100	17.497	17.988	18.367	
Index der Bevölkerungsentwicklung (1990=100)	100,0%	97,1%	95,8%	100,1%	109,9%	119,3%	128,2%	136,6%	142,7%	147,9%	151,3%	155,5%	158,8%	
Altersstruktur - unter 15 Jahren	16,0	14,9	13,8	13,5	14,4	15,5	16,6	18,0	18,3	18,7	19,0	19,3	19,8	
- 15 bis unter 65 Jahren	72,0	71,8	71,3	70,7	69,2	68,7	67,9	67,1	66,5	65,9	65,2	64,4	63,3	
- 65 Jahre und älter	12,1	13,4	14,9	15,8	16,4	15,9	15,5	15,3	15,3	15,4	15,8	16,3	17,0	
Wanderungssaldo	je 1000 Ew.	-5,8	-1,0	28,2	98,3	80,1	70,2	59,4	42,3	30,06	20,92	25,07	20,36	
Natürlicher Saldo	je 1000 Ew.	-6,6	-6,1	-2,4	-4,6	1,4	1,9	3,9	1,7	4,62	1,77	2,22	0,33	
Arbeitsmarkt	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005				
Arbeitslose insgesamt	Juni	414	500	509	550	508	506	523	547	465	464			
Entwicklung zum Vorjahr	%	5,6	20,8	1,8	8,1	-7,6	-0,4	3,4	4,6	-15,0	-0,2			
Anteil der weiblichen Arbeitslosen	%	52,2	52,2	48,1	49,8	50,2	49,6	48,9	46,3	48,4	49,4			
Arbeitslosenrate		6,2	6,9	6,6	6,7	5,9	5,7	5,8	6,0	5,0	4,9			
Sozialversicherungspfl. Beschäftigte am Wohnort nach Wirtschaftsabschnitten								Sozialversicherungspfl. Beschäftigte am Arbeitsort						
	2002		2003		2004		2005		2002		2003		2004	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut
insgesamt	5074		5001		4930		5008			3499		3570		4028
Land und Forstwirtschaft, Fischerei	52	1,0	53	1,1	52	1,1								3834
Produzierendes Gewerbe	940	18,5	890	17,8	875	17,7								
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1014	20,0	956	19,1	918	18,6								
Sonstige Dienstleistungen	3067	60,4	3102	62,0	3082	62,5								
Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten								Arbeitsplatzzentralität						
	Nichtpendler		Einpendler mit Wohnort		Auspendler mit Arbeitsort				2002		2003		2004	
			innerhalb	außerhalb	innerhalb	außerhalb								
			des Kreises	des Kreises	des Kreises	des Kreises								
2002	626		889	954	721	875				0,69		0,71		0,82
2003	580		869	1026	666	843								0,77
2004	563		864	1164	595	849								

Flächennutzung, Siedlungsstruktur						1992	1996	2000	2004					1992	1996	2000	2004	
Gesamtfläche	ha			1191	1194													
Bevölkerungsdichte	Ew. je qkm	945	972	1326	1507								12,0	11,5	8,9	6,5		
Siedlungsdichte	Ew. je qkm Siedlung und Verkehrsfläche	2133	1966	2503	2495								44,3	49,5	53,0	60,4		
Wohnen						1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Wohnungsbestand	WE	4563	4563	4786	5395	5886	6308	6809	7297	7491	7812	7934	8093	8238				
Index der Wohnungsentwicklung	(1990=100)	100,0%	100,0%	104,9%	118,2%	129,0%	138,2%	149,2%	159,9%	164,2%	171,2%	173,9%	177,4%	180,5%				
Wohnfläche	qm je Ew.	32,8	33,7	38,5	41,4	41,4	41,4	42,2	42,9	42,5	43,8	43,8	43,7	44,1				
Wohnungsgröße	qm je WE	83,1	83,1	89,1	88,9	89,5	90,5	91,8	92,9	93,6	95,9	96,6	97,1	98,4				
Wohnungsversorgung	WE je 1000 EW.	395	406	432	466	463	457	459	462	454	457	453	450	449				
Wohnungsanteil in 1-/ 2 Familienhäusern	%			79,8	74,1	71,5	70,2	70,1	69,0	68,6	69,6	69,8	69,6	70,2				
Finanzen, Steuern						1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
Steuereinnahmekraft	EUR je Ew.	191	281	267	273	304	277	303	278	326	343	365	391					
Realsteueraufbringungskraft	EUR je Ew.	101	162	172	152	168	166	190	171	232	202	222	258					
Ist-Aufkommen Gewerbesteuer	EUR je Ew.	33	64	101	58	80	91	96	76	125	100	120	172					
Gemeindeanteil an Einkommenssteuer	EUR je Ew.	90	126	105	120	116	101	107	101	97	143	140	135					
Hebesätze 2005				Kaufkraft 2006				Haushalte 2005										
Grundsteuer A	200 v. H.						374,40					durchschnittliche Haushaltsgröße	2,14					
Grundsteuer B	300 v. H.						20.813,92											
Gewerbesteuer	360 v. H.						0,26											
							118,05											
Pkw-Bestand						1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005			
Bestand (zum 01.07., ab 2005 zum 01.01)		5.776	5.901	6.322	6.939	7.514	7.836	8.324	8.733	9.017	9.350							
Entwicklung zum Vorjahr	%	0,3	2,2	7,1	9,8	8,3	4,3	6,2	4,9	3,3	3,7							
Pkw-Dichte	je 1000 Ew.	499	464	458	468	476	475	487	499	501	509							
Quellen:																		
LDS BB, außer:																		
Arbeitslosenrate (BfA, LUA)																		
Kaufkraft (GfK)																		
Haushalte (GfK)																		
Pkw-Bestand (Kraftfahrzeugbundesamt)																		

Struktur- und Wirtschaftsdaten: Stahnsdorf

Ortsbeschaffenheit	Kreis	Planungsregion	Gemeindegebietsveränderungen													
Gemeinde	Potsdam-Mittelmark	Havelland-Fläming	Güterfelde	Eingliederung 31.12.2001												
3 Ortsteile			Schenkenhorst	Eingliederung 31.12.2001												
			Sputendorf	Eingliederung 31.12.2001												
Zentralität			Gebietsstand													
Nein			2006													
Demographie	1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005			
Bevölkerung insgesamt	7.920	7.888	8.852	9.852	10.147	10.880	11.224	11.506	11.785	12.216	12.589	12.977	13.235			
Index der Bevölkerungsentwicklung (1990=100)	100,0%	99,6%	111,8%	124,4%	128,1%	137,4%	141,7%	145,3%	148,8%	154,2%	159,0%	163,9%	167,1%			
Altersstruktur - unter 15 Jahren	19,1	18,1	17,3	16,8	16,3	16,2	16,0	16,0	15,4	15,5	15,3	15,3	15,1			
- 15 bis unter 65 Jahren	68,0	69,3	70,9	71,2	71,8	72,0	72,0	72,0	71,9	71,3	71,1	70,7	70,3			
- 65 Jahre und älter	13,0	12,6	11,8	12,0	11,9	11,8	12,0	12,2	12,8	13,2	13,5	14,0	14,6			
Wanderungssaldo	je 1000 Ew.	8,0	100,7	47,7	32,2	72,9	34,7	31,3	25,5	36,51	31,46	30,98	21,46			
Natürlicher Saldo	je 1000 Ew.	-8,5	-7,7	-4,0	-2,7	-3,1	-3,5	-6,5	-1,5	-1,23	-1,83	-1,08	-1,96			
Arbeitsmarkt	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006					
Arbeitslose insgesamt	Juni	426	510	575	581	552	545	583	594	603	551	538				
Entwicklung zum Vorjahr	%	7,3	19,7	12,7	1,0	-5,0	-1,3	7,0	1,9	1,5	-8,6	-2,4				
Anteil der weiblichen Arbeitslosen	%	53,1	52,2	45,6	45,6	44,6	42,4	42,2	39,2	38,6	41,0					
Arbeitslosenrate		7,3	8,5	8,9	8,8	8,1	7,9	8,2	8,2	8,1	7,2					
Sozialversicherungspf. Beschäftigte am Wohnort nach Wirtschaftsabschnitten								Sozialversicherungspf. Beschäftigte am Arbeitsort								
	2002		2003		2004		2005		2002		2003		2004		2005	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut									
insgesamt	4423		4452		4455		4608			4965		4666		4468		4438
Land und Forstwirtschaft, Fischerei	65	1,5	60	1,3	65	1,5										
Produzierendes Gewerbe	1012	22,9	975	21,9	930	20,9										
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1066	24,1	1085	24,4	1097	24,6										
Sonstige Dienstleistungen	2279	51,5	2331	52,4	2363	53,0										
Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten								Arbeitsplatzzentralität								
	Einpendler mit Wohnort		Auspendler mit Wohnort		Einpendler mit Arbeitsort		Auspendler mit Arbeitsort		2002		2003		2004		2005	
	Nichtpendler	innerhalb des Kreises	außerhalb des Kreises	innerhalb des Kreises	außerhalb des Kreises	innerhalb des Kreises	außerhalb des Kreises									
2002	597	1192	1955	842	1168											
2003	576	1119	1915	837	1181											
2004	551	1038	1821	809	1249											

Flächennutzung, Siedlungsstruktur		1992	1996	2000	2004									1992	1996	2000	2004
Gesamtfläche	ha			4906	4907	ausgewählte Flächennutzungsanteile in %											
Bevölkerungsdichte	Ew. je qkm	161	201	235	264	Landwirtschaftsfläche								47,4	46,6	45,9	45,5
Siedlungsdichte	Ew. je qkm Siedlungs- und Verkehrsfläche	768	925	1018	1125	Siedlungs- u. Verkehrsfläche								20,9	21,7	23,0	23,5
Wohnen		1990	1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005			
Wohnungsbestand	WE	3184	3280	3622	4076	4261	4606	4784	4990	5201	5379	5458	5592	5744			
Index der Wohnungsentwicklung	(1990=100)	100,0%	103,0%	113,8%	128,0%	133,8%	144,7%	150,3%	156,7%	163,3%	168,9%	171,4%	175,6%	180,4%			
Wohnfläche	qm je Ew.	26,6	27,7	32,6	34,3	35,1	35,7	36,3	37,5	38,0	38,5	38,1	38,3	38,9			
Wohnungsgröße	qm je WE	66,2	66,6	79,6	82,8	83,5	84,2	85,1	86,5	86,1	87,4	87,9	88,9	89,5			
Wohnungsversorgung	WE je 1000 EW.	402	416	409	414	420	423	426	434	441	440	434	431	434			
Wohnungsanteil in 1-/ 2 Familienhäusern	%			61,5	63,5	63,5	62,5	62,7	63,6	62,3	62,9	63,4	64,1	64,8			
Finanzen, Steuern		1992	1994	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005				
Steuereinnahmekraft	EUR je Ew.	164	239	326	333	432	414	423	276	301	242	541	710				
Realsteueraufbringungskraft	EUR je Ew.	76	138	250	240	316	332	301	139	175	67	431	628				
Ist-Aufkommen Gewerbesteuer	EUR je Ew.	27	88	179	168	250	201	205	44	71	-46	345	568				
Gemeindeanteil an Einkommenssteuer	EUR je Ew.	88	111	99	92	90	82	112	109	104	129	125	121				
Hebesätze 2005		Kaufkraft 2006						Haushalte 2005									
Grundsteuer A	300 v. H.	Kaufkraft in Millionen Euro						239,40	durchschnittliche Haushaltsgröße						2,34		
Grundsteuer B Güterfelde	400 v. H.	Kaufkraft je Einwohner in Euro						18.448,08									
Grundsteuer B Schenkenhorst	350 v. H.	Kaufkraft in Promille						0,16									
Grundsteuer B Sputendorf	300 v. H.	Kaufkraft je Einwohner (Index)						104,63									
Grundsteuer B Stahnsdorf	420 v. H.																
Gewerbesteuer	340 v. H.																
Pkw-Bestand		1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005						
Bestand (zum 01.07., ab 2005 zum 01.01)		4.883	5.157	5.377	5.874	6.139	6.358	6.570	6.784	7.064	7.443						
Entwicklung zum Vorjahr	%	8,0	5,6	4,3	9,2	4,5	3,6	3,3	3,3	4,1	5,4						
Pkw-Dichte	je 1000 Ew.	496	508	494	523	534	539	538	539	544	562						
Quellen:																	
LDS BB, außer:																	
Arbeitslosenrate (BfA, LUA)																	
Kaufkraft (GfK)																	
Haushalte (GfK)																	
Pkw-Bestand (Kraftfahrzeugbundesamt)																	

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung, 1990 bis 2005, absolute Werte	6
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung, 1990 bis 2005, Index 1990 = 100	7
Abbildung 3: Wohnungsbestandsentwicklung, 1990 bis 2005, Index 1990 = 100	8
Abbildung 4: Aktive Betriebsstätten	9
Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosenrate, 1996 bis 2005	10
Abbildung 6: Arbeitsplatzzentralität 2005	11
Abbildung 7: Pkw-Dichte (Pkw je 1000 Einwohner), 1996 bis 2005	12
Abbildung 8: Indikatoren zur Analyse der Zukunftsfähigkeit	14
Abbildung 9: Vergleich Bevölkerungsprognosen	16
Abbildung 10: Funktionsbestimmung für die Region als Mittelzentrum	27
Abbildung 11: Hauptansatzstaffel, bisher und ab 2007	30
Abbildung 12: Formen der Interkommunalen Kooperation	33
Abbildung 13: Gewerbegebiete	44

Literatur und sonstige Quellen

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2005): Thesenpapier zum Workshop am 13.10.2005 „Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland – Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven“.

Berlin Institut (2004): Deutschland 2020, Die demografische Zukunft der Nation, Berlin.

Brombach, Karoline/ Jessen, Johanna (2005): Kleinstädte in Großstadtreionen. Funktionsräumliche Spezialisierung und Zentrumsfunktion am Beispiel Region Stuttgart, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 8.2005, S. 477-494.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006): MORO-Informationen „Innovative Projekte zur Regionalentwicklung“, Nr. 1/4 – 05/2006, Bonn.

Bundeskanzleramt (2002): Perspektiven für Deutschland. Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.

Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (2006): Stadtumbau Ost, Stand und Perspektiven, Erster Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost im Auftrag von BMVBS/BBR, Erkner.

complan Gesellschaft für Kommunalberatung, Planung und Standortentwicklung mbH (2001): Regiokonzept Der Teltow, Langerwisch.

Deutsches Institut für Urbanistik (2005): Formen der interkommunalen Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (2006): Überprüfung der Verbundquote und der Hauptansatzstaffel im kommunalen Finanzausgleich Brandenburgs, Gutachten im Auftrag des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg.

Deutscher Städtetag (2003): Interkommunale Kooperation – Möglichkeiten zur Verbesserung von Verwaltungsleistungen. Köln und Berlin.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (2004): Interkommunale Zusammenarbeit, DStGB Dokumentation No 39, Burgwedel.

Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (2006): Planerische Überlegungen der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung zur Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems (ZOS) (Stand: Juli 2006), Potsdam.

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (2005): Stärkung der Städte und Stadtregionen, IRS-Positionspapier zur Neuausrichtung der Förderpolitik im Land Brandenburg, Erkner.

Landesamt für Bauen und Verkehr (2006): Brandenburg regional 2006. Eine räumliche Bestandsaufnahme der Regionen, Landkreise und Kreisfreien Städte, Hoppegarten.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (2006): Bevölkerungsentwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden im Land Brandenburg, Potsdam.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (2005): Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung, Potsdam.

- Landkreis Potsdam-Mittelmark (2002): Nahverkehrsplan 2002-2006, Belzig/Berlin.
- Landtag Brandenburg: Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 943 des Abg. Thomas Domres (PDS) betr. Regionale Wachstumskerne, Drs. 4/2432 (2006).
- Landtag Brandenburg: Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln. Zweiter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost zur Sitzung der Landesregierung Brandenburg am 22. November 2005, Drs. 4/2200 (2005).
- Matthiesen, Ulf, Hrsg. (2002): An den Rändern der deutschen Hauptstadt. Suburbanitätsprozesse, Milieubildung und biographische Muster in der Metropolregion Berlin-Brandenburg, Opladen.
- Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH (2006): Medien. IT. Kommunikation: Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.
- Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg (2006): Kommunalfinanzen: Brandenburg stärkt Mittelzentren und kreisfreie Städte, Kabinett stimmt Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes zu/ Landesregierung zieht Konsequenzen aus DIW-Gutachten, Pressemitteilung vom 01.08.2006.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (2006): Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik des Landes Brandenburg (Stand April 2006), Potsdam.
- Pharus Teltow-Kanal Führer (1906): Reprint 1994, Berlin.
- Platzeck, Matthias (2005): Das zupackende Land. Was heißt eigentlich „Erneuerung aus eigener Kraft“ und „Mit dem Gesicht zu den Menschen“? Beitrag auf der Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes am 18.02.2005 in Michendorf.
- Prognos AG (2005): Räumliche Verortung von Wertschöpfungspotenzialen im Land Brandenburg, Bericht im Auftrag der Gemeinsamen Landesplanung der Länder Berlin und Brandenburg.
- Prognos AG (2004): Sonderauswertung für das Land Brandenburg auf Basis des Prognos Zukunftsatlas, Bericht im Auftrag der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH.
- Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (1998), Regionalplan Havelland-Fläming, Kleinmachnow.
- Ribhegge, Hermann (2005): Stärken und Schwächen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung Brandenburg, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
- Ribhegge, Hermann (2005): Zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung Brandenburg, in: Ohne Arbeit ist alles Nichts! Dokumentation zur Brandenburgkonferenz des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg am 29.10.2005, S. 10-11.
- Samland, Uwe (2006): Metropolregion als neues Leitbild in Europa, Synopse im Auftrag des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg.
- Teltower Stadt-Blatt Verlags- und Presse GmbH, Hrsg. (2004): Wirtschaft in Wort und Bild. Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf.

Die Autoren:

Jens Klocksin, Jahrgang 1957, Politologe MA, Dr. phil. Nach Tätigkeiten u.a. in der internationalen Jugendbegegnung und der Politikdienstleistung, in der Bundesverwaltung (BMW, BKAm, BMVBW) angestellt, zuletzt Referatsleiter Projektplanung und Modellvorhaben im Bereich Aufbau Ost, Raumordnung, Strukturpolitik. Seit 2003 Gemeindevertreter in Kleinmachnow und Vertreter in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Der Teltow“. Seit 2004 Mitglied des Landtags Brandenburg, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Raumordnung. (www.jens-klocks.de).

Sung-Ho Jeong, geboren 1977 in Duisburg, lebt seit 2001 in Berlin. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Bonn und Potsdam externer Doktorand an der Universität Potsdam. Derzeit freiberufliche Mitarbeit bei Projekten der Infrastruktur und Daseinsvorsorge.